

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Überdecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14. 144

Donnerstag, den 28. Juni 1917.

24. Jahrg.

Vom Wahnsinn der Kriegstreibereien.

Die Sozialdemokratie steht, ohne die besondere persönliche Schuld und Verantwortung einzelner Personen, Parteien und Regierungen am Ausbruch des Weltkrieges zu verflechten, seine objektiven Ursachen im wesentlichen in den wirtschaftlichen Interessengegensätzen der modernen Großstaaten begründet. Herrschende Mächthaber und einflussreiche Kreise glaubten diese Gegensätze durch den Krieg zu überwinden und eine ungeheure Bereicherung ihrer Staatswirtschaften zu erzielen. Wie sehr aber, gerade auch von diesem Standpunkt aus, der Krieg sich als eine verheerende Spekulation, als eine ganz falsche Rechnung erweist, das zeigt Parvus in seiner neuesten Broschüre „Die soziale Bilanz des Krieges“ an einer Folge Gegenüberstellungen von geradezu verblüffender illustrierender Wirkung.

Aus der Fülle des bildhaften Materials hier einige der markantesten Beispiele:

In England glaubten die Imperialisten durch den Krieg die Vorherrschaft Deutschlands und die wieder alleinige Vorherrschaft Britanniens auf dem Weltmarkt zu erreichen. Bis zum Schluß des Krieges werden die englischen Kriegsanleihen sicher 100 Milliarden Mark betragen. Für 3 Milliarden hätte England sich eine neue Handelsflotte erbauen können, so groß wie die gesamte englische Handelsflotte vor dem Krieg. Mit dieser neuen modernen Flotte hätte England durch Schnelligkeit, Billigkeit, Leistungsfähigkeit in jeder Form die deutsche Konkurrenz ohne einen Schwereinsatz schlagen können. Drei Milliarden aber sind weniger als die Zinsen, die England in Zukunft für seine Kriegsanleihen zahlen muß.

Die gesamte deutsche Wareneinfuhr nach den englischen Kolonien betrug vor dem Kriege rund 450 Millionen Mark jährlich. Selbst wenn es England gelingen sollte, diese deutsche Ausfuhr gänzlich auszumergen, so brauchte es 200 Jahre, um aus dem Handel mit den Kolonien den Schaden einzuholen, der ihm durch den Krieg erwachsen ist.

Deutschland führte vor dem Kriege für etwa 1500 Millionen Mark Waren nach England aus und bezog aus England für etwa 900 Millionen Mark. Selbst den borniertesten Standpunkt eingenommen, daß dieser Ausfuhrüberschuß von 600 Millionen Mark ein Schaden für England sei, so würde es durch seine Verdrängung doch nur diese 600 Millionen Mark jährlich gewinnen. Zusammen mit den 450 Millionen Mark Verdrängung aus den Kolonien immer erst jährlich eine Milliarde Mark. Dann brauchte es also auch hiernach immer noch 100 Jahre, um auf diese Weise die 100 Milliarden Kriegskosten wettzumachen.

In Deutschland entstand, als England in den Krieg eintrat, aus dem kapitalistischen Gegensatz das Ziel: Ueberwindung der englischen Seeherrschaft, freie Bahn dem deutschen Handel auf den Weltmeeren.

Der Krieg legt Deutschland an Kriegsanleihen mindestens 70—80 Milliarden Mark auf. Das überwiegt alle Vorteile, die ihm aus dem Krieg jemals hätten erwachsen können.

Die deutsche Handelsflotte besaß vor dem Krieg einen Wert von etwa 4 Milliarden Mark. Schon ein geringer Bruchteil der Unsumme, die der Krieg verschluckt, hätte die deutsche Schifffahrt in den Stand setzen können, die Frachten so zu verbilligen, daß die Ueberlegenheit der deutschen Industrie im Welthandel gestärkt war.

Ein anderer Gegensatz, den das deutsche Kapital durch die Ueberwindung der englischen Weltwirtschaft zu beseitigen hofft, besteht in der Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande in bezug auf seine Rohstoffversorgung. Sein wichtigster Rohstoff, den es vom Auslande bezieht, ist die Baumwolle. Im Jahre 1913 führte es rund eine Million Ballen Rohbaumwolle ein. Für 12 Milliarden Mark hätte es — nach einer Statistik aus dem Jahre 1910 — die gesamte Landwirtschaft von South Atlantic in Nordamerika mit allen Gebäuden, Maschinen und Nutztieren aufkaufen können. South Atlantic aber produziert 4 Millionen Ballen Baumwolle, d. h. viermal soviel, als die deutsche Textilindustrie gebraucht. Dazu die Produktion an Getreide, Vieh usw. Und 12 Milliarden sind nicht der 6. Teil der voraussichtlichen Schlußsumme der deutschen Kriegsanleihen. Für den Rest stehen sich sämtliche Kupferbergwerke und die gesamte Petroleumindustrie der Vereinigten Staaten auf und es blieben trotzdem noch viele Milliarden übrig.

In Frankreich hofft man durch den Krieg vor allem das Ziel: Wiedergewinnung Elsass-Lothringens zu erreichen.

Frankreich hat durch den Krieg eine Schwächung erfahren, die durch kein Elsass-Lothringen mehr gutgemacht werden kann.

Frankreichs Verlust an Toten und Invaliden betrug während der ersten zwei Jahre des Krieges an 1 1/2 Millionen in der Volkraft stehender Männer und dürfte bis Ende des Krieges mindestens 2 Millionen erreichen. Das ist die doppelte Anzahl der gesamten männlichen Bevölkerung Elsass-Lothringens, Greise und Säuglinge eingeschlossen, die nach

der letzten Zählung nur 965 625 Personen betrug. Frankreich hat schon jetzt zwei Elsass-Lothringen verloren, ohne daß es das eine zurückgewann.

In Rußland träumten die Mächthaber von Anfang des Krieges an von einer großen Mächterweiterung. Um ihn beim Volke populär zu machen, suggerierte man ihm als Ziel die Befreiung von der angeblichen wirtschaftlichen Bedrückung durch Deutschland, die in dem Zustrom deutscher Waren und Kapitalien liegen sollte.

An Waren führte Deutschland im letzten Jahre vor dem Kriege nach Rußland ein: für 42 Millionen Rubel Lebensmittel, für 280 Millionen Rubel Rohstoffe und Halbfabrikate, für 320 Millionen Rubel Fertigfabrikate.

Die fertigen Fabrikate bilden also nur etwa die Hälfte der Einfuhr nach Rußland, und unter ihnen befanden sich für 120 Millionen Rubel Maschinen, Instrumente und landwirtschaftliche Utensilien. Ihre Einfuhr war sicher kein Schaden für Rußland, sondern ein großer Vorteil.

Ein Vorteil ist auch die Einfuhr von Kapital, sofern es in dem kapitalischschwachen Lande zur Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft dient.

Rußland dürfte nur bis zum Ende des Krieges etwa 70 Milliarden Mark Kriegsanleihen aufnehmen. Dieser Summe hätte es bei weitem nicht bedurft, um sein Eisenbahnnetz zu verwickeln oder zu verjüngen, das in Rußland auf 100 Quadratkilometer Fläche nur 12 Kilometer gegenüber 11,8 Kilometer in Deutschland beträgt. Durch ein gut ausgebautes Eisenbahnnetz aber würde Rußland tatsächlich seine Industrie und Landwirtschaft heben und in die Reihe der modernen Wirtschaftstaaten einrücken. Statt dessen hat es im Krieg die Kräfte des Landes bis auf den Grund erschöpft und ihm eine furchtbare Schuldenlast aufgebürdet, die zudem nicht ins eigene Land, sondern ins Ausland abfließt.

Rußland hat sein Ziel: Eroberung Konstantinopels und der Dardanellen nicht erreicht, die ihm übrigens für seinen friedlichen Handel und Verkehr immer offen standen, ist aber in die drückende Schuldenknechtschaft Englands gekommen, das zu seiner Sicherung die russischen Zölle in Pfand genommen, sich industrielle Konzessionen ausbedungen und die russischen Auslandszahlungen kontrolliert.

Dieser Krieg hat allen Großstaaten, die ihn begonnen, so unermesslichen Schaden gebracht, daß unbedingt keiner ihn gewagt hätte, wenn er keinen Verlust vorausgesehen.

In den ziffernmäßig fassbaren Summen ist aber noch nicht eingegriffen die Zerstörung an privatem und staatlichem Gut, an Produktions- und Transportmaterial, an Rentenkassen, die den Staaten verbleiben, der Verlust an Abzugsgebieten, die den neutralen kapitalistischen Ländern zugefallen sind, und ganz abgesehen von den Gefühlswerten, von den Verlusten, die in den Herzen der Mütter, Bräute, Väter, Geschwister, Freunde gebüht sind, der Verlust an reichthumschaffender Arbeitskraft, eine in Geldwert gar nicht abzuschätzende Summe.

Es gibt nichts Unvorteilhafteres für alle Beteiligten,

als dieser Versuch der Lösung wirtschaftlicher Interessengegensätze durch den Krieg es ist.

Es gibt nichts Vorteilhafteres, als diesen Krieg, der jedem Lande eine immer ungeheuerere Schuldenlast aufbürdet, so schnell wie möglich zu Ende zu bringen. Auf der Grundlage: keine Annexionen, keine Eroberungen.

Man träumt von Eroberungen.

Gesetzt den Fall, es gelänge, Deutschland im Norden, im Osten und Westen Gebiete zu entreißen, ihm die Zugänge zum Orient, zu den Märkten des Stillen Ozeans zu verjüngen — es würde für Deutschland zu einer Existenzfrage werden, zu einer Frage seiner ganzen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung, dies wieder gut zu machen, und das deutsche Volk in allen seinen Teilen würde nicht ruhen und rasten, um die Vergewaltigung, die ihm angetan, wieder abzuschütteln.

Daselbe gilt im umgekehrten Falle aber auch für die anderen Länder.

Annexion fremder Gebiete führt nicht zum gesicherten Frieden, sondern zum neuen, noch gewaltigeren Wettrüsten, zur gesteigerten Vergeudung von Kapital und Arbeitskräften für unproduktive Zwecke, zur Kriegsgefahr in Permanenz, bis zur neuen noch gewaltigeren kriegerischen Katastrophe hin.

Wie die Frage der Annexionen, so muß auch die der Kriegsschädigungen aus der Diskussion ausgeschlossen werden.

Der Krieg ist ziemlich gleichmäßig die Schuld aller kapitalistischen Regierungen, er ist die Schuld des kapitalistischen Systems überhaupt. Da soll man nicht die Völker für die Sünden der Regierungen und ihres Systems bluten lassen.

Die Kosten des Krieges sind aber auch so ungeheuer, daß sie von einer der kriegführenden Staatengruppen überhaupt nicht getragen werden können. Das würde einfach zum Ruin Europas führen. Die Verarmung großer Kulturstaaten wie England, Frankreich oder Deutschland, würde die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der ganzen Welt hemmen. Diese Staaten sind aufeinander angewiesen. Deutschland ist zwar der schärfste Konkurrent Englands auf dem Weltmarkt, aber zugleich ist es einer der besten Abnehmer Englands und England einer der besten Abnehmer Deutschlands.

Uebrigens ist die militärische Situation so, daß sich auf keiner Seite die Möglichkeit zeigt, der anderen eine Kriegsschädigung aufzuzwingen.

Die Fortsetzung dieses Krieges führt aber täglich zu einer immer weiteren Schwächung aller Beteiligten, während das Kräfteverhältnis das gleiche bleibt. Die Lösung des Problems kann nur darin gefunden werden, daß ganz Europa sich wieder vereinigt, um es wieder herzustellen und über die Schäden des Weltkrieges hinwegzukommen. Es muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß dieser Krieg ein ungeheures Unglück für seine Völker war, und daß es ihres ganzen Zusammenwirkens bedarf, um aus seinem Elend wieder herauszukommen.

Der russische Arbeiter- und Soldatenrat für schnelle Beendigung des Krieges.

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands entschied sich mit überwältigender Mehrheit für folgende, von den revolutionären Sozialisten und den minimalistischen Sozialisten vorgeschlagene Entschliebung über den Krieg: Der gegenwärtige Krieg entstand infolge der imperialistischen Ziele, die in den leitenden Klassen aller Länder herrschten, die danach strebten, sich neue Märkte anzueignen und kleine und rückständige Länder ihrem wirtschaftlichen und politischen Einflusse zu unterwerfen. Dieser Krieg führt zur völligen Erschöpfung aller Länder und Völker und bringt die russische Revolution an den Rand des Abgrundes. Er kostet Millionen von Opfern und verschlingt Milliarden der Hilfsquellen des Volkes und droht, die als Erbe von dem alten Regime hinterlassene Unordnung noch weiter zu verstärken. Er führt zur Hungersnot und hält das Land von tätiger Arbeit für die Festigung der gewonnenen Freiheit ab. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands ist der Ansicht, daß der Kampf für schnellste Beendigung des Krieges daher die wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie darstellt, eine Aufgabe, die sowohl im Interesse der Revolution, als auch durch das Ziel der Arbeiter aller Länder gefordert wird, der gegenseitigen Vernichtung ein Ende zu machen und ihre brüderliche Vereinigung zum gemeinsamen Kampfe für die völlige Befreiung der Menschheit wiederherzustellen. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands ist der Ansicht: 1. Daß die Beendigung des Krieges durch die Niederlage einer der kriegführenden Parteien den Ausgangspunkt für

neue Kriege bilden, die feindlichen Gefühle unter den Völkern stärken und sie zu völliger Erschöpfung, Hungersnot und Untergang führen würde; 2. Daß ein Sonderfrieden eine der kriegführenden Parteien stärken und ihr die Möglichkeit geben würde, einen entscheidenden Sieg über die andere Partei davon zu tragen, wodurch die usurpatorischen Ziele der leitenden Klassen gestärkt, Rußland nicht von dem Zustand des Weltimperialismus befreit und die zwischenstaatliche Vereinigung der Arbeiter verhindert würde. Daher weist der Kongreß unter allen Umständen jede Politik zurück, die tatsächlich auf den Abschluß eines Sonderfriedens oder eines Vorspiels dazu, eines Sonderwaffenstillstandes abzielt. Da die Beendigung des Krieges nur durch die Vereinigung der Anstrengungen der Demokratien aller Länder möglich ist, hält es der Kongreß für unerlässlich: 1. Daß die revolutionäre russische Demokratie durch die Vermittelung ihres Organs, nämlich des Rates der Soldaten-, Arbeiter- und Bauern-Vertreter ganz Rußlands, einen Aufruf an die Demokratien aller Mächte richtet, damit diese den Wahlpruch „Friede ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ annehmen und in diesem Sinne ihre Schwester-mächte beeinflussen. 2. Daß sie zu allen Maßnahmen zur schnellsten Wiederherstellung der revolutionären internationalen und zur Einberufung des internationalen Sozialisten-Kongresses beitragen, um den internationalen Zusammen-schluß der Arbeiter wiederherzustellen und die endgültigen Friedensbedingungen und die die Durchführung der Demokratie ermöglichenden Maßnahmen auszuarbeiten. 3. Daß

Die Aufmerksamkeit aller kriegsführenden Länder darauf lenkte, daß der Mangel an Entscheidung in ihrem Entschluß gegen die letzten Erklärungen ihrer Regierungen über die usurpatorischen Kriegsziele die russische Revolution in eine sehr schwierige Lage bringt und die durchaus nötige Vereinerung aller Arbeiter verhindert. Um alle diese Fragen zu lösen, ist es unerlässlich, sofort Anordnungen in die alliierten und neutralen Länder zu schicken und die Anordnungen aller sozialistischen Parteien dieser Länder nach Rußland einzulassen. Der Kongreß erhebt bestimmten Einspruch gegen die Schwierigkeiten, die die imperialistischen Regierungen der Entsendung solcher Anordnungen entgegen gestellt haben. Angesichts dessen, daß die vorläufige revolutionäre Regierung dieses Programm als den Weg ihrer internationalen Politik annimmt, ist es unerlässlich, daß die Regierung baldmöglichst alle Maßnahmen ergreift, die in ihrer Macht liegen, um Rußland und die alliierten Mächte für dieses Programm zu gewinnen. Der Kongreß hält es für unerlässlich, daß die Regierung schon von jetzt ab alle Maßnahmen ergreift, um die Nachprüfung der Verträge mit den alliierten Regierungen unter ausdrücklichen Vorbehalt auf jede usurpatorische Politik zu beschleunigen. Um die von der Demokratie vorgezeichnete äußere Politik mit Erfolg ins Werk setzen zu können, ist die beschleunigte Erneuerung des Personals des Ministeriums des Äußeren, sowie des diplomatischen Korps mittels seiner Demokratisierung notwendig. Der Kongreß erklärt, daß, solange der Krieg nicht durch die Anstrengungen der internationalen Demokratie beendet wird, die revolutionäre russische Demokratie mit allen Mitteln zur Verstärkung der Kampfkraft der russischen Armee beitragen wird, denn die Durchbrechung der russischen Front würde die Niederlage der russischen Revolution und ein verhängnisvoller Schlag für die Sache der ganzen internationalen Demokratie sein. Insbesondere ist der Kongreß der Ansicht, daß die Frage der Offensive ausschließlich vom Standpunkt rein militärischer und strategischer Erwägungen gelöst werden muß.

Die Kriegslage.

Wien, 27. Juni, abends. (Umsicht.)
An allen Fronten im allgemeinen ruhiger Tag.
Der Hafen von Venedig wurde erfolgreich durch unsere Artillerie beschossen.

Wien, 27. Juni. (Umsicht.)
Auf keinem der Kriegsschauplätze Ereignisse von Bedeutung.

Frankreich und Belgien.

Gegenseitige Kriegsberichte.

Französischer Bericht vom 26. Juni nachmittags:
Gegen Ende des gestrigen Tages unternahm unsere Truppen nach kurzer Artillerie-Vorbereitung einen glänzenden Angriff nordwestlich von Hurtlebille gegen einen vom Feinde stark ausgebauten Vorposten. Alle unsere Ziele wurden erreicht. In einigen Augenblicken fiel die erste deutsche Linie in unsere Gewalt. Feindliche Gegenangriffe auf die eroberte Stellung, die durch heftige Beschichtung unterstützt wurden, wurden durch unsere Feuer gebrochen. Der durch die Plötzlichkeit des Angriffs überreichte Feind erlitt erhebliche Verluste und ließ mehr als 300 Gefangene, darunter 10 Offiziere, in unseren Händen. Verschiedene feindliche Handstreichs gegen unsere kleinen Posten im Abschnitt von Wille, in den Argonnen und in der Gegend von Sargue scheiterten in unserem Feuer.

Abends: Der Tag war ruhig außer in der Gegend von Meulin und Laffaux, wo der Artilleriekampf ziemlich lebhaft war, und in der Gegend der heftig beschossenen Stadt Reims.

Belgischer Bericht: Feindliches Feuer auf unsere Verbindungslinien. Die Artilleriekämpfe waren besonders lebhaft in der Gegend von Ramskapelle, Dyrnuden, Boesinghe und Papegale. Nennlich lebhafter Bombenkampf in der Richtung des Führmannshajnes.

Englischer Bericht vom 26. Juni: Eine örtliche Kampfhandlung nordwestlich von Fontaine les Croisilles wurde erfolgreich durchgeführt und eine Anzahl Gefangener gemacht. Ein feindlicher Streifzug nordwestlich von La Bassée wurde abgelehnt.

Unsere Angriffsziele in den Kämpfen der vergangenen Nacht nordwestlich von Fontaine les Croisilles wurden unter geringen Verlusten erreicht. Zwei feindliche mit beträchtlichen Kräften gemachte Gegenangriffe wurden erfolgreich abgelehnt. Heute machten wir südwestlich von Lens weitere Fortschritte. Wir erweiterten unsere Gewinne. Die feindlichen Stellungen beiderseits des Somme-Baches gingen auf einer Front von 2 Meilen und in einer Tiefe von 1000 Yards in unseren Besitz über. Wir besetzten Conlette. 5 deutsche Flugzeuge wurden gestern zum Abstieg gebracht. Von den unteren wird eins vermißt.

Nieder mit dem Frieden!

Havas meldet aus Paris: Sidiani brachte im Dienste der Kammer einen Gesetzentwurf ein, der die tätige und kräftigste Unterdrückung der Propaganda durch die Verteilung friedensfeindlicher Schriften sieht.

Ein Entente-Kriegsrat in Frankreich.

In Saint Jean de Martienne hat eine militärische Beratung stattgefunden, an der der Generalfeldmarschall Cadorna, der englische General Robertson und die Generale Foch und Perrin teilnahmen. Obwohl die größte Zurückhaltung über den Gegenstand der behandelten Fragen geübt ist, ist doch soweit gewiß, daß Cadorna und Foch zu einem Einverständnis über die Art der Zusammenarbeit der französischen und italienischen Truppen bei den bevorstehenden Operationen in Kleinasien und an den heiligen Stätten gekommen sind. Sie prüften auch die Lage, die sich aus dem Verlauf der jüngsten Ereignisse in Griechenland ergab, und äußerten endlich die Pläne der eigenen Offensive, die die Alliierten jetzt gleichzeitig beginnen müßten, wo es mehr als gewiß ist, daß Rußland demnächst in der Lage sein wird, auch seinerseits die Offensive zu ergreifen.

Rußland.

Die Petersburger Arbeiter- und Soldatenkreise für unbedingte Träne gegen die Entente.

Am 7. Juni fand in Petersburg eine Versammlung des Bundes der Arbeiter- und Soldatenkreise statt, die sich zu einer großen Kundgebung für die Entente erregte. Am Tag der Er-

öffnung mehrerer Referate wurde ein Beschlusstrag angenommen, der „in diesen Tagen, wo die öffentliche Meinung der verbündeten Länder von Verurteilungen beunruhigt wird, als sei das freie Rußland trotz aller übernommenen Verpflichtungen im Begriff, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen“, es für die heilige Pflicht der Industriellen und Handelstreibenden erklärt, nicht aus Selbstsucht oder Kapitalinteressen, sondern lediglich zur Rettung Rußlands von dem tyrannischen Druck Deutschlands auszusprechen, daß die Freundschaftsbände, welche es mit den anderen Entente-Staaten verbinden, unzerreißbar sind. Keine Macht der Welt werde die handelsindustrielle Klasse zwingen, am Verrat der Verbündeten teilzunehmen; möge der kommende Tag auch noch so düster und schrecklich sein.

Entschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats über öffentliche Kundgebungen.

In der Sitzung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland am 25. Juni wurde mit erdrückender Mehrheit eine Entschliessung über die Ereignisse vom 22. und 23. Juni angenommen. Der erste Teil dieser Entschliessung erinnert daran, daß die erwähnten Ereignisse durch wirtschaftliche Fragen und wachsenden Widerstand gegen revolutionäre Elemente in wohlhabenden Kreisen, die wirtschaftliche Unordnung, Lebensmangel und Umstände, die durch den Weltkrieg verursacht sind, hervorgerufen worden sind. Volkstrennung, die sich nicht davon Rechenschaft ablegen, daß die Krise auch durch die faktischsten Maßnahmen nicht auf der Stelle behoben werden kann, bringen ihre schwere Unzufriedenheit zum Ausdruck, was von den Reaktionskräften nach Kräften ausgenutzt wird. Das macht die völlige Ueberwindung der Handlungen der verschiedenen Elemente der revolutionären Demokratie unbedingt notwendig. Der zweite Teil der Entschliessung tadelt den Entschluß, in Petersburg eine Kundgebung zu veranstalten ohne Vorwissen des Arbeiter- und Soldatenrats und ohne Maßnahmen zu treffen, daß die Kundgebung ohne Waffen vor sich gehe und nicht zu Zusammenstößen und Blutvergießen führe, die verhängnisvoll für die Revolution sind. Der dritte Teil der Entschliessung enthält folgende Entscheidung: Erstens: Parteigruppen, die zu Arbeiter- und Soldatenräten gehören, haben nicht das Recht, die Kundgebungen gegen den ausdrücklichen Willen dieser Arbeiter- und Soldatenräte ins Werk zu setzen; zweitens: friedliche Kundgebungen ohne Waffen können von diesen Gruppen und Parteien mit Willen der Arbeiter- und Soldatenräte veranstaltet werden; drittens: alle bewaffneten Kundgebungen, einschließlich Kundgebungen unter Teilnahme von Bewaffneten, können nur mit Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte als einzige Organe, die den Willen der revolutionären Demokratie verkörpern, veranstaltet werden. Arbeiter, Soldaten und Bauern werden aufgefordert, sich diesen Entscheidungen zu unterwerfen und auf keine sonstigen Aufforderungen einzugehen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Alle Uebertretungen dieser Entschliessungen drohen einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Nach Annahme dieser Entschliessung schlug der Einbringer vor, einen Ausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Umstände, unter denen die vorerwähnte Kundgebung vorbereitet wurde, und über die Teilnahme reaktionärer Elemente an dieser Kundgebung.

England.

Die Engländer gehen nicht nach Stockholm.
„Daily Graphic“ berichtet, daß der ausführende Ausschuß der englischen Sozialistenpartei die Einladung des Petersburger Vertreterauschusses der Arbeiter und Soldaten, sich an der Konferenz in Stockholm zu beteiligen, abgelehnt hat.

Der Balkankrieg.

Die Alliierten in Griechenland.
Der britische Funkdienst Caernarvon meldet vom 26. Juni, 2 Uhr vormittags, aus Griechenland: Die Alliierten vollzogen die Besetzung in einer Zeit, wo sie die Getreideernte, die jetzt eingebracht ist, kontrollieren können. Ein Teil davon wird den Heeren der Alliierten überwiesen werden und der andere Teil zum Verbrauch der Bevölkerung verwendet.
Nachdem die Ernte nicht im entferntesten für den Bedarf des eigenen Landes ausreicht und bereits im Frieden Getreide der Haupteinfuhrartikel war, bedeutet dies nichts weniger, als die glatte Verarmung des unglücklichen Landes zum Hungertode.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Zu den Stockholmer Verhandlungen.
Stockholm, 27. Juni. (Eg. Drahtbericht.) Die Verhandlungen mit den hier eingetroffenen deutschen Unabhängigen, zu welchen heute noch Ledebour hinzukam, begannen am Sonntag und wurden am Montag und Dienstag, trotz des Mittsommerfestes, fortgesetzt. Branding fehlte.
Nach der Heimreise Nina Bangs und dem Eintreffen Slegers wurde heute mit den Tschechen verhandelt, da vor der Beendigung der Verhandlungen mit der Haasegruppe auch noch Käse Ditz erscheinen werde.

Politische Rundschau.

Deutschland.
Der Nationalökonom Gustav v. Schmoller gestorben.
In Bad Harzburg starb in der Nacht zum Mittwoch der berühmte Berliner Volkswirtschaftslehrer Prof. Gustav v. Schmoller im Alter von 79 Jahren an Herzlähmung. Schmoller war nicht nur Nationalökonom, sondern auch Historiker und Politiker, insbesondere Sozialpolitiker. Infolge seiner Verdienste wurde Schmoller 1884 Mitglied des preussischen Staatsrates, 1887 Mitglied der königlichen Akademie der Wissenschaften und Historiograph für brandenburgische Geschichte, 1899 Ritter des Ordens Pour le mérite und Mitglied des Herrenhauses als Vertreter der Universität Berlin. Später wurde er in den Adelsstand versetzt. Im Jahre 1913 legte er sein Lehramt nieder, um sich dem Wohlstand seiner wissenschaftlichen Arbeiter zu widmen. — In der Dessenzeitigkeit ist Schmoller insbesondere als Sozialpolitiker bekannt geworden. Schmoller betrachtete die Verbesserung der Arbeiter gegen Alter, Invalidität, Unfall und Krankheit, die einen Kosten der Produktionskosten darstellen, ebenso wie Prof. Adolf Wagner, als eine notwendige Ergänzung des Schutzes der heimischen Arbeit in Stadt und Land. Er wurde daher von der älteren Wirtschaft wie auch von den Sozialisten als „Kathederarbeiter“ lebhaft begrüßt. Schmoller war auch ein eifriger Kritiker bei der Absehr-

von der Freihandelspolitik zum Schutzzoll. Groß ist die Zahl seiner Arbeiten über die Verfassungen, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, besonders des preussischen Staates.

Noch ein Millionenfonds zur Stärkung der Reaktion.

Nach dem Muster der Agrarier, die darauf gehen, in den für sie fetten Kriegsjahren von einem Kampffonds für die spätere Zeit des Abfalls der wirtschaftlichen Glanzperiode zu sammeln, wollen auch die Alldeutschen einen Millionenfonds für Propagandazwecke sich schaffen. Rechtsanwält Claß in Mainz, der erste Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, hat in diesen Tagen ein Rundschreiben an die Ortsgruppenvorstände und Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes verschickt, das gleichzeitig von einem Zeichnungsschein für die Erhöhung des Stammkapitals der „Norddeutschen Verlags- und Treuhändergesellschaft m. b. H. zu Berlin“ begleitet ist. In dem Zirkular heißt es: „Unsere Gesellschaft hat planmäßig die Stärkung der völkischen Presse in den verschiedenen Teilen des Reiches ins Auge gefaßt und sie kann sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Hierfür ist von vornherein eine Erhöhung des Stammkapitals auf 7 Millionen Mark vorgesehen gewesen, und nun schreitet die Gesellschaft dazu, diese Verstärkung ihrer Mittel durchzuführen.“ Nachdem dann näher auseinandergesetzt worden ist, daß die „Deutsche Zeitung“ zu einem wirklich führenden Blatte ausgebaut und die „völkisch zuverlässige Provinzpresse“ so leistungsfähig gemacht werden müsse, daß sie den örtlichen zersetzenden oder gleichgültigen Zeitungen Widerpart halten kann, heißt es in dem Schreiben des Herrn Claß zur Begründung der Kapitalserhöhung weiter: „Die Schwäche der Regierung, die Annäherung der sozialistischen Führer, die steigende innere Hektik und Verwirrung, das Drängen der rein händlerisch-geldmäßig gerichteten Kreise auf schnellen Frieden um jeden Preis — alle diese Erscheinungen redet eine deutliche Sprache und verlangen von den Unabhängigen im Lande, daß sie sich aufrufen zum notwendigen entschlossenen Auftreten, das das wahre Gebot der Stunde ist. Ohne eigene Presse ist dies aber nicht möglich. Deshalb gilt es, unserer Bewegung die eigene, unabhängige, leistungsfähige Presse zu schaffen.“ — Herr Claß hat dann ausgerechnet, daß die Gesellschaft heute bereits unter Einrechnung des alten Stammkapitals über 3½ Millionen Mark verfügt und daß sie also noch 3½ Millionen Mark brauche. Die Ortsgruppenvorstände der Alldeutschen sollen ungefähr eintreten und mit allem Eifer an die Werbearbeit herantreten, auch Nicht-Alldeutsche könnten sich an der Zeichnung beteiligen. „Es gelte“, ruft Herr Claß zum Schluß aus, „der inneren Befreiung unseres Volkes durch eine wahrhaft deutsche Presse!“ Darum bitte er dringend, hier die rettende Hand anzulegen.

Die Reaktion schließt sich zusammen und das Geld wird hierbei nicht fehlen. Mit Geld läßt sich aber sehr viel machen. Wir werden uns also in der Zukunft mit so manchem vertraut machen müssen, das von jener Seite kommen wird.

Der preussische Landes-Eisenbahnrat

hat am Dienstag die Vorlage der Staatseisenbahnverwaltung über die Erhöhung der Einheitsätze im Personenverkehr beraten und der Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise zugestimmt. Außer dieser Preiserhöhung hat bekanntlich der Reichstag eine 10-16prozentige Verkehrssteuer beschlossen, so daß die Eisenbahnfahrten in Zukunft außerordentlich verteuert werden. Das vom preussischen Landes-Eisenbahnrat abgegebene Gutachten lautet:

Die von der Eisenbahnverwaltung beabsichtigte Erhöhung der regelrechten Einheitsätze für die Personenbeförderung wurde nach dem Vorschlage des Ausschusses des Landes-Eisenbahnrates im Sinne der Regierungsvorlage einstimmig befürwortet. Die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Einheitsätze betragen unter Wegfall der Personenfahrkartensteuer: In der 4. Klasse 2,4 Bfg., in der 3. Klasse 3,7 Bfg., in der 2. Klasse 5,7 Bfg., in der 1. Klasse 9 Bfg., für das Kilometer. Ebenso wurde die von der Eisenbahnverwaltung geplante Erhöhung der Streckenätze in den Stückgüterklassen mit einer geringfügigen Abweichung hinsichtlich der Staffelformung angenommen. Auch die geplante Aufhebung der Einschränkung einer größeren Anzahl von Ausnahmestartarten von meist örtlicher Bedeutung fand keinen Widerspruch. Indessen soll an den Ausfuhrtarifen für Zucker nichts geändert werden. Gegen die schließlich in Aussicht genommene Aenderung der Grundätze über die Abrundung der Fracht und der Nebengebühren sowie gegen einzelne Beschlässe der ständigen Tarifkommission sind Bedenken nicht geltend gemacht.

Der neue Eisenbahntarif erfährt damit eine dreifache Aenderung: Einmal hat der Reichstag eine Verkehrssteuer beschlossen, die für die vierte Klasse 10 v. H., für die dritte 12 v. H., für die zweite 14 v. H. und für die erste 16 v. H. betragen soll. Hierzu kommt eine Erhöhung der Einheitsätze von 10 v. H., die wegen der Steigerung der Unkosten von der preussischen Verwaltung erhoben werden soll; und endlich wird der Tarif noch durch den Fortfall der bisherigen Fahrkartensteuer modifiziert. Die erste Klasse wird bei diesen Tarifänderungen also sehr günstig abschneiden, während die vierte Klasse, die bisher keine Fahrkartensteuer zahlte, verhältnismäßig stark belastet wird. Die eigentlichen Ueberschüsse bringen künftig noch mehr als bisher die beiden untersten Klassen, während sich vermutlich die erste Klasse noch weniger als früher rentieren dürfte.

Oesterreich-Ungarn.

Die Friedensfrage im österreichischen Abgeordnetenhaus. In der Verhandlung über die Anfragen der Abgeordneten Daszynski, Dr. Stojan und Herzban an die Regierung, betreffend Vorbereitungen für eventuelle Friedensverhandlungen, erklärt der Ministerpräsident nach einer Rücksprache mit dem Minister des Äußeren: Die Annahme der Anfrage Daszynski, als ob die österreichisch-ungarische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauerhaften Friedens anerkannt hätte, ist irrtümlich. — Die österreichisch-ungarische Regierung steht auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es der Majestät vorbehalten ist, Frieden zu schließen und somit dem Monarchen die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Oesterreichs in jenen entscheidenden Augenblicken anvertraut erscheint. Unter dieser ausdrücklichen Wahrung der Hoheitsrechte der Krone ist die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit den Bundesgenossen auf der Basis eines ehrenvollen Friedens mit dem Feinde in Verhandlungen zu treten, lehnt jedoch entschieden jede andere Grundlage für Friedensverhandlungen ab. Der Minister des Äußeren brachte unsere Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Friedensschlusse, welcher Garantien einer freien und gesicherten Entwicklung der Monarchie enthält, offen zum Ausdruck. Hierüber kann auch bei unseren Feinden kein Zweifel herrschen. Solange unsere Feinde den Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung und unserer Verbündeten nicht annehmen, werden wir weiterkämpfen, in dem besten Vertrauen, daß die halbherzigen Leistungen unserer Armeen, verbunden mit der ausdauerndsten Tätigkeit des

Unterlandes, den Tag bringen werden, an welchem den Wörtern der Monarchie der Lohn ihres Ausschusses durch einen ehrenvollen Frieden gesichert wird. (Beifall.) Die von wahrer Menschlichkeit getragenen Intentionen, welche nun aus den vorliegenden Anfragen sprechen und die die volle Würdigung der österreichisch-ungarischen Regierung erfahren, dürfen wohl als Beweis angesehen werden, daß die auf die Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens gerichtete Politik der Mittelmächte in der Aufrechterhaltung des Hauses und in dem Willen der österreichischen Wölter eine kraftvolle Stütze findet. (Beifall.) Hierauf wird über die Anfragen die Debatte eröffnet.

Der polnische Sozialist Daszynski erklärte: Der Wille zum Frieden besetzt alle acht Völker Oesterreichs. Die Regierung solle die Kriegsziele und Friedensbedingungen Oesterreichs bekanntgeben. Jedem Volke müsse das freie Recht auf Selbstbestimmung zugestanden werden. (Beifall bei den Polen.) Abgeordneter Stojan erklärt sich namens der parlamentarischen Friedensvereinigungen für die Friedensintentionen des Papstes und die Friedensaktion des Kaisers, ähnlich Abg. Szupka namens der Vertreter des böhmisch-tschechischen Nationalverbandes. An die gemeldeten Ausführungen des Ministerpräsidenten schloß sich eine Debatte an, in der der deutsche Abgeordnete sich gegen die Bemerkung des Ministerpräsidenten, bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Völker, polemisierte und erklärte: „Keine Annexionen und keine Kontributionen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das seien die Mittel, die zum Frieden führten. Die Erklärung der Regierung genüge nicht.

Abgeordneter Soukup erklärte: Die tschechischen Sozialdemokraten würden jede Aktion zur Wiederherstellung eines dauernden, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen basierenden Friedens tatkräftig unterstützen. Abgeordneter Stöckl (Deutscher Nationalverband) sprach im Sinne eines ehrenvollen Friedens. Wir kämpfen für die Integrität der Unabhängigkeit und Freiheit unseres Reiches, für die Entwicklungsmöglichkeiten in unserer Staaten und in den Staaten unserer Bundesgenossen. In Uebereinstimmung mit den Parteigenossen und wohl auch mit allen Wöltern des Reiches weist der Redner mit Enttäufung alles zurück, was gegen die Armee gesprochen wurde. (Lebhafter Beifall.) Man wolle einen Frieden, der die Gemüter breitet, daß die unendlichen Opfer nicht umsonst gebracht wurden, mit dem Recht eigener freier Entscheidung im Verein und im Einklang mit den treuen Bundesgenossen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen, Heulrufe bei den Deutsch-Nationalen.) Vergessen Sie nicht, fährt der Redner fort, daß Deutschland das blühende Schwert für uns gesüßt hat und daß wir als Gegenwehr das Schwert über Deutschland gehalten haben, als es angegriffen wurde. Wir Oesterreich-Ungarn können stolz sein auf die Ruhmestaten der verbündeten Truppen, insbesondere unserer treuen deutschen verbündeten Armeen, und senden aus dem österreichischen Parlament der treuen deutschen Armee unseren wärmsten und innigsten Gruß. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen, Heulrufe bei den Deutschen.)

Spanien.

Verhalten an der Neutralität. Ministerpräsident Sáiz erklärte: Die öffentliche Meinung nahm die getroffenen Maßnahmen günstig auf. Die Beunruhigung war überall von verächtlichen Elementen ausgeht. Die Minister ergriffen äußerste Maßnahmen, um die öffentliche Ordnung und Ruhe zu bewahren, die die Regierung um jeden Preis aufrecht erhalten wird. In der äußeren Politik trat sie ebenfalls Maßnahmen, die infolge Ueberreibungen in den Berichten der Zeitungen über die internationale Lage notwendig wurden. Die Ueberreibungen waren sogar geeignet, eine Trübung des Verhältnisses zu den anderen Ländern herbeizuführen und die Neutralität Spaniens aufs Spiel zu legen. Wir denken nicht daran, unsere Neutralität aufzugeben, deshalb müssen alle Spanier uns unterstützen. Der Ministerpräsident versicherte schließlich, daß auf der ganzen Halbinsel völlige Ruhe herrsche. Die Aufhebung der verfassungsmäßigen Freiheiten ist zu dem Zwecke erfolgt, um gegen die der Regierung unbecuemen Militär- und Zivilistenverbände vorgehen zu können.

Der öffentliche Arbeitsnachweis.

Die Schaffung einer geregelten Arbeitsvermittlung ist schon seit langem ein Wunsch der organisierten Lübecker Arbeiterschaft. Wiederholt hat sie sich durch ihre Vertretung, das Gewerkschaftskartell, an die zuständigen Stellen mit dem Ersuchen gewandt, hier in Lübeck einen öffentlichen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage zu errichten, dem die gesamte Arbeitsvermittlung übertragen werden sollte. Wer sich erinnert, wie hier manche Unternehmer-Arbeitsnachweise zur Maßregelung nichtbeherrschter Arbeiter mißbraucht wurden, der muß ohne weiteres anerkennen, daß schon diese eine Tatsache die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung erweisen könnte. Und doch kommt dieser Grund erst in zweiter Linie. In der Hauptsache handelt es sich darum, die Arbeitsvermittlung möglichst einheitlich und für alle Beteiligten zweckmäßig und nützlich zu gestalten. Dem Verlangen der Arbeiter wurde leider keine Folge gegeben und die hier bestehenden 35 bis 40 Arbeitsnachweise haben so gut oder schlecht es eben ging, ihre Tätigkeit fortgesetzt.

Dann kam der Krieg. Durch ihn erwachsen unermesslichen Staatsvermögen mancherlei neue Aufgaben und so sah er sich denn auch genötigt, einen Teil der Arbeitsvermittlung selbst in die Hand zu nehmen. Auf der Parade wurde ein öffentlicher Arbeitsnachweis eingerichtet, dessen Kosten aus Staatsmitteln für Kriegszwecke bereit gestellten Mitteln gedeckt wurden. Im Laufe der drei Kriegsjahre hat nun dieser Arbeitsnachweis nicht nur seine Existenzberechtigung dargelegt, sondern unzweifelhaft nachgewiesen, wie notwendig eine staatliche Arbeitsvermittlung überhaupt ist. Deshalb gewann der Gedanke, den Arbeitsnachweis auch nach Beendigung des Krieges beizubehalten, überall Boden. Natürlich mußte er zu diesem Zwecke auf eine andere Grundlage gestellt, vor allem mußten Arbeiter und Unternehmer an seiner Verwaltung beteiligt und ihnen dadurch das Vertrauen derjenigen, die seine Tätigkeit in Anspruch nehmen müssen, gesichert werden.

Zu Anfang dieses Jahres ging dann dem Bürgerausschuß ein Antrag des Senates zu, der die Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises zum Gegenstand hatte. Den Wünschen der Arbeiter entsprach die Vorlage nur zum kleinsten Teil. Von einer Zentralisierung der Arbeitsvermittlung war darin nichts zu spüren. Auch die Ineffektivität der Vermittlung, die ja eine Vorbedingung für eine ausgiebige Benutzung und damit wirkungsvolle Erfüllung seiner Aufgaben ist, war nicht ausdrücklich vorgehoben. Vor allem aber war die Einsetzung eines Verwaltungsausschusses geplant, bei dem von einer Parität nichts zu merken war. Von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Bürgerausschusses wurde beantragt, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, um ihre schlimmsten Mängel zu beseitigen. Auch die organisierten Arbeiter beschäftigten sich noch einmal mit dem Vorlage des Senates, und beschlossen eine Eingabe an die zuständigen Körperschaften zu richten, in der sie zum Ausdruck brachten, daß nur dann für sie der Arbeitsnachweis annehmbar erscheine, wenn er wenigstens unentgeltlich vermittelt und wirklich paritätisch verwaltet werde.

Der amtliche Kriegsbericht.

222. Großes Hauptquartier, 28. Juni. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsjahresbericht.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Schwere Fernfeuerbatterien beschaffen gestern mit beobachteter Wirkung die englisch-französische Hafensektion Dünkirkchen. Mehrere Schiffe liefen eiligst aus.

Als Vergeltung wurde vom Feinde Ostende unter Feuer genommen. Militärischer Schaden entstand nicht.

In den englischen Gräben an der Küste verursachte eine Beschädigung durch unsere Artillerie und Minenwerfer starke Zerstörungen.

Nach ruhigem Vormittag nahm gegen Abend die Feuerartigkeit in einigen Abschnitten der flandrischen und der Artois-Front ziemlich Festigkeit an.

Südlich von Neuport wurde von unseren Stoßtruppen ein belgischer Posten aufgehoben. Bei Hooge Schlug ein feindlicher Ertrundungsvorstoß fehl.

Südlich der Straße Cambrai—Aras erlitten die Engländer bei Säuberung eines Grabens durch westfälische und rheinische Sturmtruppen erhebliche Verluste an Gefangenen und Toten. Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Quentin entspannen sich mehrfach keine Geschieße unserer Posten mit englischen Abteilungen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
An einzelnen Stellen nördlich der Viske, nördlich von Reims und in der West-Champagne kam es zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.
Am Hartmannsweilerlopf machten Erkunder eines württembergischen Regiments durch Einbruch in die französischen Gräben eine Anzahl Gefangener.

Deutscher Kriegsjahresbericht.
An der ostgalizischen Front dauert die rege Feuerartigkeit an.

Mazedonische Front.
Keine besonderen Ereignisse.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Kommission des Bürgerausschusses hat ihre Tätigkeit beendet und den Antrag des Senates so umgeändert, daß er den letzten beiden Anforderungen der Arbeiterschaft entspricht. Wir haben den Kommissionsvorschlag, der jetzt die Zustimmung des Bürgerausschusses gefunden hat, bereits gestern zum Abdruck gebracht. Aus dem Bericht der Kommission sei noch folgendes wiedergegeben:

Ueber die Notwendigkeit der Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises herrschte innerhalb der Kommission Uebereinstimmung. Mit dem Senate ist sie der Meinung, daß es sich durchaus empfiehlt, dem zunächst nur als Provisorium für die Dauer des Krieges gedachten und dem Stadt- und Landamt angegliederten öffentlichen Arbeitsnachweis zu einer dauernden Einrichtung zu machen, weil alle praktischen Erfahrungen dafür sprechen, dieser sozialpolitisch wichtigen Maßnahme nunmehr auch die gesetzliche Grundlage zu geben. Im Kreise der Kommission hätte man nur gemüht, daß bei der Vorbereitung des Gesetzes neben der Handels- und Gewerkschaften auch Vertreter der Arbeiterschaft gehört wären. Wenn auch eine gesetzliche Organisation derselben nicht besteht, hätte es doch praktische Schwierigkeiten nicht bereiten können, sie zu den Vorberatungen heranzuziehen, um so weniger, als der Senat in § 3 des Gesetzesentwurfes die „bestehenden Organisationen der Arbeiterschaft“ anerkennt und bereit ist, mit ihnen zu arbeiten.

Die Behörde führt in der Begründung ihres Entwurfes aus, daß für die allgemeine Vermittlung die Erhebung von Gebühren nicht in Frage kommen könne, denn der öffentliche Arbeitsnachweis diene in erster Linie nicht den Interessen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sondern dem allgemeinen staatlichen Interesse. Aus diesem Grunde würden auch von anderen öffentlichen Arbeitsnachweisen, von verhältnismäßig Ausnahmen abgesehen, Gebühren nicht erhoben, um nicht ihre Wirksamkeit von vornherein lahmzulegen. Diesem Standpunkt kann die Kommission sich nur in allen ihren Gliedern anschließen. Dann muß man allerdings auch die letzten Konsequenzen ziehen und nicht in der Erhebung von Gebühren Einrichtungen bestehen lassen, wie sie sich hier historisch entwickelt haben. Für die Vermittlung von Hausangehörten werden seit Bestehen der öffentlichen Stellensmittlung Gebühren erhoben, die nach Umwandlung in die weibliche Abteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises jedoch bereits ermäßigt sind. Eine innere Berechtigung dieser Ausnahme wird man schwerlich nachweisen können. Sie nach Schaffung der gesetzlichen Grundlage beizubehalten, liegt nach einmütiger Ansicht der Kommission kein Grund vor. Die Kommission schlägt deshalb einstimmig vor, auszusprechen, daß ein unentgeltlicher öffentlicher Arbeitsnachweis errichtet wird. Ebenso einstimmig empfiehlt sie, über die Errichtung von Sonder- und Fachabteilungen auch Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen zu hören. Die Berechtigung dieser Forderung wird nicht bestritten werden können. Schon darum nicht, weil die Arbeitnehmer ein ebenso großes Interesse an dem genauesten Ausgleich von Angebot und Nachfrage haben wie die Arbeitgeber und ihre Vertretungen.

Ueber die Frage der paritätischen Verwaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises konnte eine Einigung innerhalb der Kommission nicht erzielt werden. Die Mehrheit (Heise, Hoff und Löwig) vertritt in dieser Beziehung den Standpunkt, daß der öffentliche Arbeitsnachweis den wirtschaftlichen Kämpfen zu entziehen sei und daß es darauf ankomme, ihn den beiden Parteien des Arbeitsvertrages gleich nahe und gleich fern zu rücken und alles zu vermeiden, was auch nur den Schein einer Parteilichkeit erwecken könnte. Erkennt man die Wichtigkeit dieser Standpunktes an, müssen die vom Senate in seiner Vorlage beantragten, auf Vorschlag des Bürgerausschusses von ihm zu erwählenden bürgerlichen Deputierten aus dem Gesetze herausgebracht werden. Denn die Befürchtung liegt nur zu nahe, daß sie ausschließlich dem Kreise der Arbeitgeber entnommen und dadurch Nachfragen in die Verwaltung einer rein sozialen Zweck dienenden Einrichtung hineingetragen würden. Eine gesunde Entwicklung des öffentlichen Arbeitsnachweises kann aber nur dann mit Sicherheit erwartet werden, wenn er von vornherein das Vertrauen von Lübeck'scher Arbeiterschaft genies und wenn auch schon der Schein einer parteilichen Verwaltung ausgeschlossen wird. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten in ihrer der Kommission überreichten Eingabe mit besonderer Nachdruck volle Parität gefordert, und nach Ansicht der Mehrheit der Kommission mit Recht. Aber auch abgesehen davon liegt ein zwingendes Bedürfnis für die Eingliederung bürgerlicher Deputierter in den Verwaltungsausschuß nicht vor. Nicht vergessen aber sollte vor allem werden, daß bei gleich starker Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Verwaltungsausschuß in dem vorliegenden Senatsmitglied die volle Gewähr dafür geboten wird, daß unter seiner unparteilichen, nur auf die gedeihliche Entwicklung des öffentlichen Arbeitsnachweises bedachten Führung alle Nachfragen von vornherein ausgeglichen werden. Daß nur dadurch die Einrichtung in gesunde Bahnen gelenkt werden kann, ist die letzte Ueberzeugung der Mehrheit der Kommission. Schließlich ist auch der Hinweis gewiß nicht von der Hand zu weisen, daß es nicht im Sinne einer Verwaltungsreform liegen kann, wenn die Zahl der

bürgerlichen Deputierten unndig vermehrt wird. Aus der Wichtigkeit der Aufgaben des Verwaltungsausschusses kann gewiß nicht hergeleitet werden, sie in das Gesetz einzufügen.

Demgegenüber vertritt die Minderheit der Kommission (Bote und Burwitz) den Standpunkt, daß die bürgerlichen Deputierten als über der Sache stehende und weder von der Arbeitgeber noch den Arbeitnehmern für sich zu beanspruchende Männer notwendig sind, um die gute Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten. Im Interesse der Sache muß es liegen, in den bürgerlichen Deputierten als an der Arbeitsvermittlung nicht unmittelbar interessierten Personen gewissermaßen als Sicherheitsventil ein Organ zu besitzen, das die Dinge vom unparteilichen Standpunkte betrachtet und sich weder vor den einen noch den anderen Wagen spannen läßt.

Im Bürgerausschuß fand, wie sein Beschluß zeigt, der Standpunkt der Minderheit, der nach unserer Meinung auf sehr schwachen Füßen ruht, keine Gegenliebe. Hoffentlich wird auch die Bürgerartigkeit und der Senat die Vorlage so verabschieden, wie sie aus dem Bürgerausschuß herausgekommen ist. Dann wird wenigstens der Unterbau für eine zweckmäßige und nützliche Arbeitsvermittlung in Lübeck geschaffen sein.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 28. Juni.

Die Bürgerartigkeit wird sich in ihrer Versammlung am kommenden Montag mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen haben: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Weitere Verlängerung der Amtsdauer der derzeitigen Mitglieder der Bürgerartigkeit. 2. Erweiterung der Feuerwache in der Hansastraße. 3. Bereitstellung von 4 200 000 Mk. für die Unterstützung von Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften. 4. Nachbewilligung auf die budgetmäßigen Ausgaben für die Gaswerke Lübeck im Rechnungsjahre 1916. 5. Erweiterung der Ermächtigung der Finanzbehörde zur Veräußerung von Industriegebäude. 6. Erwerb von Grundstücken für die Erweiterung des Allgemeinen Krankenhauses. 7. Gewährung einer Rente an die Witwe des Wagenhofsers der Lübecker Straßenbahn Christian Wittfoot. 8. Verleihung des Erntegewinnrechts an die Baubehörde zum Erwerb von Gelände für den Ausbau der Kahlhorststraße. III. Besprechung des Senatsdekretes vom 11. April 1917 betreffend Hinauschiebung der Herstellung der zum Schutze des Brodtener Ufers anzulegenden drei Strandbuhnen bis nach Beendigung des Krieges.

Der neue Wasserbaudirektor. Der Senat hat den Stadtbauinspektor Ludwig Lechtweiss in Stettin unter Vorbehalt der Festsetzung des Zeitpunktes des Amtsantrittes zum Wasserbaudirektor ernannt.

Anmeldung zur Stammrolle. Sämtliche Angehörige des aus geschiedenen Landsturmes 1. Aufgebots, die in der Zeit vom 1. April bis einschließl. 30. Juni 1900 geboren sind, werden hiermit aufgefordert, sich in der Zeit vom 3. bis einschließl. 5. Juli 1917, vormittags von 9—1 Uhr, bei nachstehend aufgeführten Meldestellen zur Landstammrolle anzumelden. Es haben sich zu melden: 1. aus den Landgemeinden: Bei dem Polizeibezirk in Ruffe: Die Mannschaften aus den Gemeinden Ruffe, Woggensee, Kiherau. Bei dem Polizeibezirk in Groß-Schretzaken: Die Mannschaften aus den Gemeinden Groß-Schretzaken, Klein-Schretzaken und Tramm. Bei dem Polizeibezirk in Harmsdorf: Die Mannschaften aus den Gemeinden Hahnsdorf, Behlendorf, Düchelsdorf, Giesensdorf, Harmsdorf, Hahnsdorf und Sierstrade. Bei dem Polizeibezirk in Travemünde: Die Mannschaften aus Travemünde, Gnebersdorf und den Landgemeinden Brodten, Joendorf, Könnau und Leutendorf. Bei dem Polizeibezirk in Schlutup: Die Mannschaften aus Schlutup. Bei dem Polizeibezirk in Kurau: Die Mannschaften aus den Gemeinden Kurau, Dissa und Malkendorf. Bei dem Polizeibezirk in Kücknitz: Die Mannschaften aus Kücknitz und den Landgemeinden Dummerdorf, Wöppendorf, Herrenhof und Siems. 2. die in der Stadt Lübeck nicht Wohnhaften und der vorstehend nicht genannten Gemeinden wohnhaften Mannschaften in Lübeck im Geschäftszimmer der Erbschaftskommission, Mengstraße 6, 1. Stock. Bei der Anmeldung haben diejenigen Mannschaften, welche im Lübeckischen Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Geburtschein vorzulegen. Geburtscheine, gültig für Militärzwecke, werden beim Standesamt des Geburtsortes kostenfrei ausgestellt.

Bestandserhebung von Holzpänen. Am 27. Juni 1917 ist eine Bestandserhebung, betreffend Bestandserhebung von Holzpänen aller Art in Kraft getreten, durch welche eine Meldepflicht für Holzpäne (Sägemehl), Hahlspäne und andere Holzpäne (Deckspäne, Maschinenpäne usw.) angeordnet ist. Die Meldungen sind für die am 1. Juli, 1. September und 1. Dezember dieses Jahres vorhandenen Bestände bis zum 15. Tage des betreffenden Monats auf amtlichen Meldestellen an die Beisetzungsstellen für Holzpäne und Streumittel bei der königlichen Intendantur der militärischen Institute in Berlin zu erstatten. Ueber die meldepflichtigen Gegenstände ist ein Lagerbuch zu führen. Nicht betroffenen von der Verpflichtung zur Meldung werden jedoch alle Personen usw., in deren Gesamtbetrieb der monatliche Anfall nicht mehr als eine Tonne oder deren gleicher Vorrat nicht mehr als 5 Tonnen beträgt. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung, deren Veröffentlichung in der üblichen Weise erfolgt. Ueherdem kann der Wortlaut bei den Polizeibehörden eingesehen werden.

Keine Gerste oder Kartoffeln auf der neuen Ernte zu Fütterungszwecken. Viehlauf wird die Beobachtung gemacht, daß die Landwirte zurzeit Schmeine im Gewicht von mehr als 150 Pfund im Stalle stehen haben, die in der Hoffnung weiter gefüttert werden, daß nach der Ernte wiederum Gerste und Kartoffeln zur Verfügung stehen werden, um die Tiere auf die bei den Hauschlachtungen bei Friedenszeiten gewohnten hohen Gewichte von weit über zwei Zentnern zu mästen. Demgegenüber sei darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Notwendigkeit, unsere Gerste reiflos für die Vorkonzentration heranzuziehen und auch die Kartoffeln ausschließlich für die menschliche Ernährung zu verwenden, von einer Erfüllung dieser Hoffnung keine Rede sein kann. Es ist jedenfalls wirtschaftlicher, diese schlachtreifen Schmeine jetzt abzugeben.

Die Zusammenlegung im Bäckereigewerbe scheint eine beschlossene Sache zu sein. Die kürzlich in Berlin abgehaltene Ernährungskonferenz soll sich bezüglich des Bäckereigewerbes mit sehr entscheidenden Fragen beschäftigt haben. Sicherem Vernehmen nach ist beabsichtigt, den Kommunen durch einen demnächstigen Bundesratsbeschuß weitergehende Vollmachten zu geben, um die kleineren Bäckereien derart zusammenzulegen zu können, daß 2. eine größere Bäckerei für vier bis sechs kleinere Bäckereien das Brot mit hergestellt oder auch große Brotsfabriken, die mit Maschinenbetrieb ausgestattet sind, bis zur vollen Leistungsfähigkeit beansprucht werden. Die kleineren Bäckereien bekommen dann kein Mehl zum Backen, sondern nur das fertige Brot zum Verkauf wie bisher. Der Zweck der Maßnahme soll nicht nur ein besser gebackenes Brot, sondern auch eine Erparnis an Kohle und Arbeitskräften sein, da größere Betriebe diese erzielen und in der Bäckerei heute noch zu viel Menschenarbeit und Zerplitterung in Zwergbetriebe vorherrscht. Es soll auch ein neues Verfahren erfunden werden sein, wodurch es möglich ist, aus dem Mehl 8—12 Prozent mehr Brot zu erhalten.

Die Herstellung von Pflaumen-, Obst- und Apfelkraut verboten. Mit Zustimmung des Bevollmächtigten des Reichskanzlers und auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung vom 5. August 1916 wird jede Art der Herstellung von Pflaumenkraut zum Zwecke des Ablasses sowie jeder Abschluß von Verträgen über Herstellung und Lieferung von Obstkraut, insbesondere Apfelkraut, ohne Genehmigung der Kriegsverwaltung für Obstkonzerne und Marmeladen m. b. S. untersagt.

Die evangelische Kirche Lübeds gegen die Aufhebung des Jesuitenordens. Die Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche im Lübedischen Staate beschloß in ihrer gestrigen Sitzung eine Kundgebung, in der sie ihr lebhaftes Bedauern über die im Reformationsjubiläumjahr erfolgte Aufhebung des Jesuitenordens ausspricht. Sie beklagt es, daß es in einer Zeit, in der es geboten war, auf allen Gebieten den Burgfrieden zu halten, der Regierung nicht möglich war, dem geschworenen Feind des konfessionellen Friedens auch fernerhin die Niederlassung in deutschen Ländern zu verwehren. Mit Genugtuung nimmt die Synode davon Kenntnis, daß Lübed im Bundesrat gegen die Aufhebung des Jesuitenordens gestimmt hat, wie auch davon, daß nach unserer zu Recht bestehenden Landesgesetzgebung für die Gründung, Zulassung oder Niederlassung von religiösen Orden im Lübedischen Staatsgebiet die ausdrückliche Zustimmung des Senates erforderlich ist. Die Synode ist der zurechtfindlichen Hoffnung, daß der Jesuitenorden in Anwendung dieser Verordnung von unserem Gebiet ferngehalten wird. — Daß die Sozialdemokratie für die Jesuiten und ihre Tätigkeit irgendwelche Sympathien hegt, wird niemand zu behaupten wagen. Dennoch halten wir die Aufhebung des Ausnahmegesetzes gegen diesen religiösen Orden für geboten, weil wir gegen alle Ausnahmegerichte sind. Auf dem Wege der Verordnung sollte man aber erst recht keine Ausnahmegeetze machen.

Die Arbeitsvermittlung in Lübed gestaltete sich nach dem Vierteljahrsbericht des Statistischen Amtes im ersten Quartal folgendenmaßen: Die nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise wurden im 6412 (im gleichen Zeitraum des Vorjahres 5767) Fällen um Arbeit angegangen. Offene Stellen waren 6445 (3506) gemeldet, von denen 3877 (2400) besetzt werden konnten. Die öffentlichen Arbeitsnachweise waren an diesen Ziffern mit 4625 (3191) Arbeitsgeheugen, 1518 (1832) offenen und 2884 (1921) besetzten Stellen beteiligt. Die Nachfrage nach Männern war um 1856 und die nach Frauen um 1083 größer als 1916, das Angebot von Männern dagegen um 116 geringer, von Frauen aber noch um 761 größer und die Zahl der Vermittelungen ging bei den Männern um 608 und bei den Frauen um 819 über die vorjährige hinaus. Auf 100 offene Stellen entfielen bei den Männern 57,3 und bei den Frauen 171,7 Arbeitsgeheuge, erheblich weniger als im Vorjahr, wo die entsprechenden Zahlen 110,6 bezw. 236,7 waren. Der Bedarf an männlichen Arbeitern kann also nur noch gut zur Hälfte gedeckt werden, während bei den Frauen noch immer ein, wenn auch stark zurückgehendes Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden ist.

Teure Schinken. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich am Dienstag der Gastwirt A. und Frau Dr. T. wegen Ueberführung der Höchstpreise zu verantworten. A. hat an Frau Dr. T., die ihn darum ersuchte, zwei Schinken im Gesamtgewicht von 33 Pfund verkauft und 12 Mark für das Pfund verlangt und auch erhalten. Der gezahlte Preis belief sich danach auf 396 Mark. Nun besteht aber ein Höchstpreis von 2,60 Mk. für das Pfund Schinken; die 33 Pfund hätten demnach nur 85,80 Mk. kosten dürfen. Er liegt somit eine Ueberführung des Höchstpreises um insgesamt 310,20 Mk. vor. Dies wurde der Staatsanwaltschaft bekannt und beide Sünder gegen die Höchstpreisverordnung wurden mit Strafen von je 650 Mk. bedacht sowie die Einziehung der Schinken ausgesprochen. Dagegen wurde Widerspruch erhoben und deshalb harte sich nun das Schöffengericht mit der Sache zu beschäftigen. Sowohl A. als auch Frau Dr. T. behaupten, nichts von den bestehenden Höchstpreisen gewußt zu haben. Letzterer meinte auch, daß nur jemand, der über die Höchstpreise fordere, aber nicht derjenige, der sie zahle, strafbar sei. A. betonte, daß es sich eigentlich nicht um die Schinken seines Schweines, sondern um solche handle, die ihm ein mecklenburgischer Landsturmann liefern wollte. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf je 320 Mk. Die Einziehung der Schinken wird aufrechterhalten. Dieser Schinkenhandel ist demnach beiden Beteiligten recht teuer zu stehen gekommen, und das Schickliche ist obendrein für sie noch, daß ihn andere essen werden. Man kann daraus ersehen, daß das Durchhalten gelegentlich auch den zahlungsfähigen Kreisen erschwert wird.

Schwartzau-Kenietfeld. Die sozialdemokratischen Frauen beschloßen am Sonntag, dem 1. Juli, einen Ausflug mit den Kindern nach der Blücherhöhe, Seeresort und über Kahrenhof zurück zu machen. Um rege Beteiligung aller Frauen mit den Kindern wird gebeten.

Reudenburg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Carlshöhe. Durch Ausweichen einer Stütze stürzte in

der Sandmischerei der schwere Misthaufen dem 30jährigen verheirateten Arbeiter Jürgen Schüllhorn auf den Rücken. Der Getroffene stürzte sofort tot zu Boden.

Bargstedt bei Bartzehude. Bei dem letzten Gewitter wurde das Wohnhaus des Landmanns Heitmann vom Blitz getroffen. Das Feuer sprang auf die Scheune über und beide Gebäude brannten bis auf die Grundmauern nieder. Vom Inventar konnte nichts gerettet werden.

Schwerin. Vom Blitz erschlagen. Bei einem starken Gewitter, das über Parchim niederging, wurde der Landsturmann Schmeling beim Befahrenenlager vom Blitz erschlagen. — Ein Blitzschlag zündete den Schafstall zu Cronenberg (Bezirksamt Wismar) an. Deren auf Leppin, an 300 Schafe kamen in den Flammen um. — Drei Personen beim Baden ertranken. Der 19jährige Kellner Ernst Rohde aus Pommern, auf der Sprengkapselwerkstatt zu Dömitz beschäftigt, ertrank beim Baden. Gleiches Schicksal hatte der 7jährige Sohn des Forstarbeiters Jind zu Torjbrücke bei Risnik. Im Schönberger See fand der beim Holzkommando zu Nilsendorf bei Brühl tätige Landsturmann, Kanonier Schönfeld aus Lehe (Bremelhaven) beim Baden seinen Tod in den Fluten.

Güstrow. Ein Todesurteil wegen Kindesmordes. Zum Tode verurteilte das Schwurgericht die 22 Jahre alte, dorchesterle Schmutterin Bronislawa Raczmarek aus Sogilza in Russisch-Polen, die angeklagt war, ihr im Juli 1915 außeheuliches geborenes Kind am 17. November 1915 vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. Nach anfänglichem Leugnen gestand die Angeklagte ein, schon im Juli 1915 in Wollenshagen den Entschluß gefaßt zu haben, ihr Kind zu töten, auch zu diesem Zwecke ein Kartoffelmesser mitgenommen zu haben. Im Poppendorfer Gehölz hat die Angeklagte mit einem Spaten eine Grube gegraben, dem Kinde eine Bindel um den Mund gebunden, um es am Schreien zu verhindern, und hat es dann mit dem mitgeführten Kartoffelmesser in die Kehle gestochen. Als das Kind nach einer Weile sich nicht mehr rührte, hat sie es in die Grube gelegt und diese dann zugeschaukelt. Von dem Kinde wurde an der Mordstelle zwei Jahre später nichts mehr vorgefunden. — Das Urteil läßt darauf schließen, daß man jetzt wieder zur Abschreckungstheorie übergehen will, um die sich vermehrenden Kindesmorde einzudämmen. So grausig die Tat ist, kann man doch nur wünschen, daß die Strafe nicht vollstreckt wird.

Güstrow. Strafbares Mitleid mit seinen kranken Hunden hat den Gutsbesitzer Grafen Wolfgang von Blücher mit den gesetzlichen Bestimmungen in Konflikt gebracht. Das Landgericht Güstrow hat ihn am 24. April wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 23. Juni 1915, betr. den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl und die weitere Verordnung vom gleichen Tage über das Verbot des Verfütterns von Brotgetreide zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Ein wertvoller Hund des Angeklagten war erkrankt und der Tierarzt hatte angeordnet, daß er mit Mehlsuppe gefüttert werde. Das gleiche war der Fall bezüglich eines Jagdhundes. Die Ehefrau des Angeklagten hat dann von März bis Mai 1916 mit seinem Wissen beide Hunde täglich mit Mehlsuppe gefüttert, die aus dem für den Haushalt bestimmten Roggenmehl hergestellt war. Die Gräfin ist deswegen in einem anderen Verfahren verurteilt worden. Der Graf erklärte sich in der Hauptverhandlung für nicht schuldig, da er niemanden außer sich und seinen Hausgenossen das Mehl entzogen und da er geglaubt habe, als Gutsbesitzer sich selbst die Erlaubnis zur anderweitigen Verwendung des Mehles erteilen zu können. Dem war aber entgegengehalten, daß den einzelnen Gemeinden nur mit Zustimmung des Kommandanten der fragliche Erlaubnis erteilt werden kann, was dem Angeklagten bekannt sein mußte. Mit Rücksicht auf die besonderen Umstände und darauf, daß seine Ehefrau schon bestraft worden ist, wurde die Strafe nur mäßig bemessen. In seiner Revision gegen das erwähnte Urteil berief sich der Angeklagte wiederum darauf, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. Da aber dieser Einwand vom Landgericht ausdrücklich widerlegt worden war, verwarf das Reichsgericht die Revision als unbegründet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die französische Segler „Ernestine“ mit Grubenholz nach England und „Eugenie“ der portugiesische Dreimast-Gasselschoner „Amphitrite“ mit 3 Tonnen Butter, Kakao und Wein nach Frankreich; ferner 1 großbewaffneter Landdampfer von über 8000 Brutto-Registertonnen, 1 bewaffneter Dampfer von etwa 3000 Tonnen und 1 tiefbeladener großer Frachtdampfer, die beide aus Geseitzügen herausgeschossen wurden.

Zwei weitere versenkte Schiffe hatten Kohle geladen. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 28. Juni. Der Stockholmer Korrespondent der „Kopenhagener Sozialdemokraten“ drahtet, daß die Vorbesprechungen der Stockholmer Friedenskonferenz als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden. Auch die Verhandlungen mit der deutschen Minderheit seien beendet, sie werde Stockholm verlassen. Die holländischen Mitglieder kehrten zur Tagung des Parlamentes nach Hause zurück und Frau Nina Bang, die gegenwärtig für Minister Stauning Dänemark vertritt, sei auf dem Rückweg nach Kopenhagen. Nur Hunsmans bleibe in Stockholm, um den schriftlichen Verkehr zu leiten und die weiteren Vorbereitungen für den nächsten Abschnitt der Stockholmer Tagung zu treffen.

Wie uns dazu aus Stockholm gedrahtet wird, sind die Stockholmer Bemühungen einstweilen als beendet anzusehen. Und das deutsche Parteivorstandsmitglied Hermann Müller, der für seinen Aufenthalt dort abgebrochen. Der Hauptgrund dafür, daß einstweilen in Stockholm nichts weiter geschehen kann, ist die vollkommene Unsicherheit über die Absichten und Beschlüsse der Russen. Die Kuriers des Arbeiter- und Soldatenrates in Stockholm sind seit mehr als 8 Tagen ohne jede Verbindung mit Petersburg. Alle Berichte, Nachrichten von dort zu erhalten, sind fehlgeschlagen. Die einzige mögliche Erklärung dafür scheint zu sein, daß in Russland neuerdings heftige innere Kämpfe ausgebrochen sein müssen, welche die telegraphische Verbindung vollkommen unterbrochen haben.

Stockholm, 27. Juni. Nunmehr hat sich das gesamte Linienflottenkommando der „Ganguth-Klasse“, aus den vier neuesten und größten Kriegsschiffen der russischen Flotte bestehend, gegen die provisorische Regierung erklärt. Nachdem die Matrosen des „Ganguth“ und der „Woltawa“ eine dahingehende Resolution gefaßt hatten, beschloßen am vorigen Freitag die Kommandos der „Sewastopol“ und des „Petropawlewsk“, den Rücktritt der gesamten provisorischen Regierung zu fordern, die nicht als Vertreterin des freien russischen Volkes angesehen werden könne.

Amsterdam, 27. Juni. Lord Cecil teilte Journalisten mit, daß Japan jede Einmischung in die russischen Verhältnisse ablehnte, und in Wladiwostok vorübergehend Ordnung hielt. Bei einer Ausdehnung der chinesischen Unruhen werde Japan Südschina besetzen, um die Interessen der Verbündeten zu schützen.

Amsterdam, 27. Juni. Die „Morning Post“ vernimmt aus Washington, daß die regulären Truppen der Armee und Flotte um mehr als das Doppelte während der letzten Woche vermehrt worden sind. Das stehende Heer zählt rund 250 000 Mann. Die Nationalgarde ist auf 260 000 Mann gestiegen. Die Marine-Infanterie ist 30 000 Mann stark. Die Zahl der Matrosen stellt sich auf 120 000 Mann. In den verschiedenen Uebungslagern, in denen Offiziere ausgebildet werden, befinden sich über 40 000 junge Leute; während 11 Regimenter Eisenbahner und Genietruppen gebildet werden, von denen jedes Regiment 1200 Mann zählt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübed und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübed.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 27. Juni. (Amstsch.) Neue U-Boots-Erfolge im Englischen Kanal, in der Biscaya und in der Nordsee. 5 Dampfer und 4 Segler mit 21 700 Brutto-Registertonnen.

Höchstpreise für Eisen und Stahl.

Auf Grund des § 4b des Gesetzes über den Besetzungszustand vom 4. Juni 1915 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 (Bl. S. 313) bestimmte ich folgende:

1. Für Rohmaterial, Rohstahl, Schmelz- und Erzeugnisse aus Eisen und Stahl, gewalzt oder gezogen, höhere Preise ferner, anzuwenden oder begehrt, als vom Deutschen Stahlbund in einer von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums genehmigten Preisliste jeweils festgelegt sind, wird mit Befugnis bis zu einem Jahr bestraft.
2. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der zu solcher Uebertragung anzuordnet oder anreizt.
3. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.
4. Die jeweils gültige Preisliste liegt beim Staatsrat des Kriegsministeriums beim Deutschen Stahlbund auf; an ihn sind auch alle diese Verordnungen betreffenden Anfragen zu richten.

Der stellv. kommandierende General v. Falk.
General der Infanterie.

Das Grundübel.

Separatdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind.

Von A. Gerisch.
— Preis 15 Pfg. —

Zu haben:
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Kranken- u. Sterbefälle gewerbli. Arbeiter.

General-Versammlung

am Montag, dem 30. Juli 1917, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1917.
2. Verschiedene Kasienangelegenheiten.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Der Vorstand.

Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig hält vorrätig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

„Halte Durch“

Neuer, reichlich 100 Tage wirk-samer (1547)

Schutz für Sohlen.

Dann erneuert, dauernd er-bleibt Sohle danernd halten. Man wende sich an seinen Schuhmacher.

Ausflug

der Sozialdemokratischen Frauen Schwartzau-Kenietfeld mit den Kindern

am Sonntag, dem 1. Juli. Abmarsch mittags 1 Uhr von der Ubrücke. (1545)

Mähler mit eigen. Werk-stoff zum Renovieren u. Polieren aller mahag. u. and. Möbel geübt, auch als Beschäftigung nach Feierabend. Dauernde Arbeit. Frau Otto West, Südr. 41. (1541)

Geübt (1537)

kräftiger Führer. Einzelfahrer.

Wegen Mangel von Kindern (1535)

2- od. 3-Zimmer-Wohn. zu sofort. Gutsbesitzer-Herr, Sing. mit R Z an die Exped.

Je kaufen gesucht ein (1536)

Blockwagen.

zu 5 Ck an die Exped.

Bilderrahmen

einrahmen

Oscar Tauschütz, Glasbildhauer, Friedrichstr. 33. Fernruf 258.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.
Högl. des Rath-Straße. Eckhaus.

A. Marcks (1542)

Zahn-Praxis

Breite Straße 56.
Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

Rechnungs-Formulare

werden gratis in der Buchdruckerei Fr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Visitenkarten

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Der neueste Kriegs-Atlas

mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges. — Preis 1.— Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

Heute:
Alt-Heidelberg.
Studenten-Schauspiel von Meyer-Föister. 1543

Stadthallen-Sommertheater

Donnerstag, d. 28. Juni 1917:
Der Soldat der Marie.
Freitag, den 29. Juni 1917:
Die beiden Seehunde.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Sonntag, 30. Juni 1917:
Anfang 8 1/4 Uhr und
Sonntag, d. 1. Juli 1917:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Die Landstreicher.
Operette v. C. M. Ziehrer.

Wann kommt die Reform.

Die Erlebnisse des Ringens um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Geiste eine neue Zeit ein! So heißt es in dem Oestererlaß des Kaisers. Die Erlebnisse des Ringens werden tiefer und eindringlicher, je länger der Krieg dauert, und die „neue Zeit“ müßte nachgerade auch von denen empfunden werden, die bisher dieser freihheitlichen Entwicklung der Dinge nur mit banger Sorge zusahen. Das Echo aber, das der Oestererlaß nachgerufen hat, ist nicht sehr verheißungsvoll. Man könnte sehr wohl annehmen, daß diese Kundgebung bei den verantwortlichen Stellen in den diversen Bundesstaaten nun auch entsprechende Wirkungen hervorrufen würde, daß sie weitestens würden in dem Bestreben, es dem rückständigen Preußen zum mindesten gleich zu tun und dadurch den Willen des Volkes, in diesem schweren Verteidigungskampfe durchzuhalten, zu stärken.

Was aber erleben, was sehen wir? Wir sehen an vielen Stellen, die zu einer Kundgebung berufen wären, nichts. An anderen hat man sich zwar ohne weiteres entschlossen, den guten Willen zur Einleitung nennenswerter Reformen hervorzuheben, aber es mangelt dabei an den bestimmten Versicherungen, ohne die die Kundmachungen ziemlich wertlos sind. Es gibt aber auch eine Anzahl bundesstaatlicher Regierungen, die ausdrücklich zu erkennen gegeben haben, daß ihnen jeder Gedanke an eine Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse noch während des Krieges oder wenigstens an eine Einleitung dieser Neuordnung fremd ist. Und wieder andere haben sich erst durch „Anpassungen“, die meist von sozialdemokratischer Seite ausgingen, zur Abgabe irgendeiner Erklärung veranlaßt gesehen.

Überall treffen wir auf den Geist der „alten Zeit“. Der der „neuen“ ist bei diesen verantwortlichen Stellen, d. h. bei den bundesstaatlichen Regierungen noch sehr „müde“ und spärlich. Sie ziehen es vor, in unverbindlichen allgemeinen Wendungen so gut wie nichts zu sagen, sie vermeiden jedes freudige Bekenntnis zu dem Gedanken, daß für ein Klassenwahlrecht kein Raum mehr sei, und diese Tatsache ist allerdings bemerkenswert.

In Sachsen ist ein Verfassungsausschuß am Werk, die Fragen, die mit der Neuordnung zusammenhängen, zu klären und bestimmte Vorschläge zu machen. Hier haben sich die Regierungsvorteiler gegen das parlamentarische Regierungssystem und gegen eine grundsätzliche Reform der Ersten Kammer ausgesprochen; was zugestanden werden könnte, sei in Beziehung auf die Erste Kammer nur eine gewisse, die Grundlagen nicht berührende Verbesserung.

Der badiische Minister lehnt ebenfalls grundsätzliche demokratische Reformen ab; er verteidigt die alte Staatsverfassung, „die sich auch im Kriege bewährt habe“, und erklärt, bestimmte Zugeständnisse könnten nur auf dem Gebiet der inneren Verwaltung gemacht werden. Der Finanzminister fügte hinzu, in der Finanzlage des Reiches und der Bundesstaaten sei die beantragte Neuorientierung nicht begründet. Obendrein lehnte der Kultusminister in aller Form Änderungen im Unterrichtswesen ab, die die Durchführung der „Einheitschule“ zum Ziel haben. — In einer späteren Sitzung hob der Staatsminister noch hervor, daß die Regierung unter keinen Umständen der Abschaffung der Ersten Kammer zustimmen werde.

Aus Braunschweig kam halbamtlich die Kunde, daß die Regierung „die zeitgemäße Neuordnung des braunschweigischen Wahlrechts als die wichtigste ihrer Aufgaben erachte, die sobald wie möglich gelöst werden muß“. Diese braunschweigische Neuordnung soll an die früheren zarten Versuche zur Reform des Wahlrechts anknüpfen.

Mecklenburg ist als sehr rückständiger Staat bekannt. Dafür hat der Großherzog aber einen Erlaß veröffentlicht, in dem die Frage aufgeworfen wird, ob es nicht zeitgemäß sei, die Verfassungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Es sind dann auch Besprechungen abgehalten worden, auf deren Grunde den alten Ständen eine neue Verfassungsvorlage unterbreitet werden soll. Die Regierung

erklärt, daß sie dem dringenden Wunsche der Bevölkerung nach einer baldigen Regelung der Verfassungsfrage entsprechen werde, sie bittet aber, zu berücksichtigen, daß eine Verständigung mit dem alten Landtage erreicht werden müsse, und daß man bei einer solchen Verständigung nicht immer auf die Erreichung aller Wünsche rechnen könne. — Damit ist das mecklenburgische Problem gut umschrieben.

Im Meiningischen Landtage brachte der Staatsminister auf eine sozialdemokratische Anfrage zum Ausdruck, daß die notwendigen „großen, einschneidenden Veränderungen“ auf verfassungsmäßiger Grundlage mit dem Willen des Volkes vorgenommen werden sollen. Die Regierung sei mit der Verringerung der Wahlgesetze einverstanden. Ein Ausschuß des Landtages wird im Verein mit der Regierung die weiteren Vorarbeiten erledigen. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ soll zu erwarten sein, daß sich die Neuwahlen gleich nach Beendigung des Krieges bereits unter den neuen Bestimmungen vollziehen werden.

In Anhalt hat es die Regierung abgelehnt, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen. Sie gab der fortschrittlichen Volkspartei, die ein entsprechendes Ersuchen an sie richtete, anheim, die Wahlrechtsfrage im Landtage zu behandeln.

In dem kleinsten deutschen Staat, in Schaumburg-Lippe, herrscht noch so sehr der „Geist der Väterlichkeit“, daß der Staatsminister einer sozialdemokratischen Abordnung seine Verwunderung darüber ausdrücken konnte, daß man mit einem derartigen Ansinnen (nämlich die Verfassung um zu ändern) jetzt überhaupt komme. Erst müßten Sieg und Frieden da sein, dann erst könne an eine Neuordnung gedacht werden, an deren Gestaltung übrigens die heimkehrenden Krieger das größte Recht hätten.

Der Minister des diesem Staat benachbarten Fürstentums Lippe gab einer sozialdemokratischen Abordnung ausführlichen Aufschluß über die Absichten der Regierung ohne sich jedoch auf bestimmte Zusagen festzulegen. Er erkannte den Oestererlaß in gewissem Sinne als bindend für die übrigen Bundesstaaten an. Die stippeke Regierung arbeite auch schon an der Neuordnung der Dinge im allgemeinen, sie müsse hinsichtlich des Wahlrechtes aber mit dem bestehenden Landtage Fühlung behalten, damit das, was sie schließlich vorschläge, auch Aussicht habe, angenommen zu werden.

Die Regierung von Schwarzburg-Rudolstadt scheint unter der Einwirkung der Erlebnisse, die die Zeit gebären sollen, zunächst ihren Widerstand gegen Sonntagswahlen aufzugeben zu haben. Auf einen sozialdemokratischen Protest hat sie wenigstens für zwei Ersatzwahlen den Sonntag freigegeben. Erklärungen zur politischen Neuordnung werden wohl erst im Landtage abgegeben werden.

In Reuß a. L. scheint man die neue Einrichtung der innerpolitischen Verhältnisse damit beginnen zu wollen, daß man die Kammerklasse in stärkerer Weise zu den Staatslasten heranzieht. Die Regierung ist damit einverstanden, hat aber sonst noch nichts verlauten lassen.

In den Hansestädten haben zwar die Erörterungen über Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen gleichfalls begonnen, aber ein bestimmtes Ergebnis ist bisher ebensowenig erzielt worden, wie bindende Erklärungen der Senate abgegeben worden sind.

Das ist eine kleine Auswahl von den bisher bekannt gewordenen Verlautbarungen mehr oder weniger verantwortlicher einzelstaatlicher Stellen zur Frage der innerpolitischen Neuordnung. Niemand wird sagen wollen, daß sie vielversprechend, überhaupt nur versprechend, daß sie tröstlich sei. Die einzelstaatlichen Regierungen schreiten hinter der Oestererlaß laßig und ohne jede Begeisterung einher. Sie haben vom Geiste der neuen Zeit in der Tat wenig verspürt, und man merkt es ihren Erklärungen an, daß sie sich aus den „gottgewollten Abhängigkeiten“ noch nicht zu befreien vermögen.

Ist es ein Wunder, wenn unsere Feinde die allgemeine Mißstimmung des deutschen Volkes über das völlige Versagen der deutschen Regierungen ausnützen zu neuen Schlägen gegen Deutschland? Die Ententeregierungen wissen, daß ihr wirksamster Verbündeter gegen die Mittelmächte die Rea-

tion und die Scheu vor durchgreifenden Reformen sind, die in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn leider noch immer nicht schwinden wollen. Wann wird man das in unsern regierenden Kreisen einsehen? Vielleicht zu spät!

„Das letzte Stück Brot entscheidet“.

Am Montag hat der Landwirtschaftsminister v. Schönerer einen Erlaß an die Landwirtschaftskammern gerichtet, in dem es heißt:

„Die Sache steht jetzt so, daß nicht die letzte Granate, und nicht die letzte silberne Kugel über den Ausgang des Kampfes entscheiden, sondern das letzte Stück Brot. Wenn uns dieses letzte Stück bleibt, haben wir den Krieg gewonnen. Es gibt 40 Millionen Deutsche, die in den Städten wohnen, und die zum größten Teil mit der Herstellung unserer Rüstung beschäftigt sind, zu ernähren. Darum ergeht an alle Landwirte die Bitte: „Helft uns siegen!“ Es ist jetzt nicht die Zeit, zu rüchten und zu streiten, ob und wo Fehler gemacht worden sind, sondern in erster Linie kommt es jetzt an, mit den vorhandenen Vorräten hauszuhalten und durchzuhalten. Gewiß ist es für den Landwirt schwer, wenn er seinem Vieh ungenügend Futter geben kann und wenn er von den Vorräten der Landwirtschaft, die er sich im Schweige seines Angelegens erarbeitet hat, an Unbekannte abgeben soll. Aber es gilt hier ein Opfer auf den Altar des Vaterlandes, das reichlich vergolten wird. Sollen wir draußen in Sicherheit sein und im Innern zusammenbrechen? Das darf nicht sein! Die Landwirtschaft wird auch hier helfen, daß Deutschland Sieger bleibt und daß unsere Kinder und Kindeskinde in Frieden leben können. Darum gilt es, sich den Anordnungen der Behörden und des Staatskommissars des Ernährungswezens zu fügen.“

Die Bemühungen um die Vaterlandsliebe der Landwirte werden von um so größerem Erfolge begleitet sein, je energischer die Behörden die Durchführung sachgemäßer Anordnungen zu erzwingen verfehen.

Daß das letzte Stück Brot entscheidet, ist eine Erkenntnis, welche die Sozialdemokratie bereits bei Kriegsbeginn der Regierung beizubringen bemüht war. Wenn die noch heute nur teilweise durchgeführten Forderungen, welche die Sozialdemokratie im August 1914 gestellt hat, damals bereits rieflos durchgeführt worden wären, so wäre Deutschland auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung der breiten Masse heute unbestritten Sieger. Allerdings würde es 6-Mark-Diners in den Weinhäusern ebenso wenig geben, wie die enormen Preissteigerungen der Rittergüter.

Finlands Freiheitsdrang und Rußland.

Unter dem Titel „Finländische Angelegenheiten“ schreibt der gegenwärtige Ministerpräsident, Fürst Lwow, im „Njetsch“ vom 30. Mai über die Meinungsverhältnisse zwischen den Finnländern und der provisorischen Regierung. Er führt dort aus:

„Die Spannung in den Beziehungen zwischen der provisorischen Regierung und den Vertretern der Finnländer will nicht nachlassen, sondern wächst von Tag zu Tag. Eine über die Stimmungen in den leitenden finnischen Kreisen wohlunterrichtete Person charakterisierte uns in einer privaten Unterredung das Verhalten der Finnländer nicht ohne ächtliche Erregung in folgender Weise: „Als die Stunde der Volksregierung schlug, und alle in Rußland lebhaften Völker begriffen und zu glauben begannen, daß die Unterdrückung der Nationalitäten ihr Ende gefunden habe, hat nur den Finnländern das Herz nicht vor Freude gestillert. Mit fühler Berechnung sind sie an die Sache herangetreten, geleitet allein von dem Bestreben, die neue Verfassung in einem Maße für sich auszunutzen, wie sie es sich früher nicht hätten träumen lassen. Deshalb haben auch die Erörterungen in der Sitzung der provisorischen Regierung vom 28. Mai zu keinem Ergebnis geführt, und es konnte nur der Beschluß gefaßt werden, den Minister für die finnländischen Angelegenheiten zur Teilnahme an der weiteren Behandlung dieser Fragen heranzuziehen.“

Bevor die Finnländer der provisorischen Regierung ihre Forderungen unterbreitet haben, sind diese mehr als einmal vom

Es saust das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.
Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larjen.

19. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ich zog vorsichtig an der Hausglocke; sie klingelte nicht. Ich wartete eine Weile und zog dann kräftiger, und bald darauf hörte ich, wie sich von drinnen Schritte näherten. Die Tür ging langsam auf, und vor mir stand eine alte Frau mit einem großen Messing Schlüssel in den zitternden Händen. Sie ließ mich ein, murmelte irgend etwas und bedeutete mir, während sie die Tür wieder schloß, in ein kleines Zimmer am Ende des Ganges einzutreten. Das Zimmer — das Aufnahmebureau — war nicht minder kühl und langweilig wie die große, schwarzgezeichnete Haustür. Die Wände waren über und über mit Bibelprüchen bedeckt, in denen immer nur die Rede davon war, die Gottes Furcht zu erlangen, die ewige Strafe des Hades zu treffen werde. Mitten in meine Lektüre hinein klang hinter mir eine scharfe Stimme:

„Was wünschen Sie?“

Ich wandte mich um. Im Türrahmen stand eine Dame von etwa 40 Jahren und musterte mich kritisch durch ihre funkelnden Augengläser. Ihr bereits ergrautes Haar war fest um den Kopf zusammengezogen und im Nacken zu einem Knoten verschlungen. Wie sie eigentlich hieß, habe ich niemals erfahren; im Hause hieß sie nur „das Gespenst“ und ich habe sie niemals anders nennen hören, aber ich muß sagen, daß sie ihren Namen wirklich nicht zu Unrecht hatte, denn sie ließ keine Gelegenheit vorbeiziehen, um uns nach Kräften zu schinden und zu schikanieren.

„Ich möchte gern ein kleines Zimmer mieten“, sagte ich.

„Um. Haben Sie Geld?“

„Ein wenig.“

„Wieviel?“

„Noch etwa einen Dollar.“

„Und was haben Sie an Sachen?“

„Nichts“, sagte ich und erzählte ihr die Geschichte von dem Brautjungfer, von Henriette und der freundlichen Kassiererin.

Sie hörte mir zu, ohne mich ein einzigesmal zu unterbrechen; aber als ich geendet hatte, glaubte ich ein kleines Lächeln in ihrem Munde zu bemerken, das mich wahrzunehmen ließ.

„Wo kommen Sie mal mit“, sagte sie, indem sie durch einen langen dunklen Gang voranging. An einer Biegung des Ganges kam sie an eine Treppe, durch deren Fenster die Sonne auf die schattigen Wände und die blankgeputzten Stufen aufstieß.

Hier machte das „Gespenst“ halt und wollte mir gerade erklären, wo das Zimmer der Inspektorin sei, als droben eine Tür aufging und ein ganz kleines Mädchen mit einer Schüssel voll warmen Wassers heraustrat. Sie hielt die Schüssel, als sei es eine Puppe, krampfhaft im Arm, und bemühte sich, so vorsichtig wie nur möglich zu gehen; dennoch aber schwappte bei jedem Schritt, den sie tat, das Wasser über den Rand.

„Julia“, sagte „das Gespenst“, „führe mal dies junge Mädchen hier zu Mrs. Pittbladder hinauf und sage, sie wolle mit ihr wegen Kost und Unterkunft sprechen!“ Und zu mir gewandt: „Mrs. Pittbladder ist die Inspektorin; an sie müssen sie zahlen, und sie wird Ihnen auch über alles Sonstige Bescheid sagen.“

Sie wandte sich zum Gehen, drehte sich dann aber noch einmal um und rief uns nach:

„Und heile dich, Julia, trödle nicht wieder so lange, denn ich brauche dich drunten in der Küche!“

„Ja“, antwortete das Kind schen und warf einen verstohlenen Seitenblick auf mich.

Es war ein schwach entwickeltes kleines Mädchen im Alter von 8 bis 9 Jahren. Sie trug eine blau karierte Schürze, die den ganzen Körper bedeckte und nur die Schöße sichtbar werden ließ. Ihr Haar war kurzgeschritten und ihr Gesicht merkwürdig alt; hätte man ihr Alter nach dem Gesicht bestimmen wollen, so hätte man sie auf fünfundsiebzig Jahren müssen. Sie lehnte sich an die Wand und betrachtete mich neugierig; ich merkte, sie schätzte mich ab.

„Was du für ein feines Kleid anhabst“, sagte sie und strich vorsichtig mit den Fingerspitzen darüber hin.

„Ja, es ist auch mein einziges“, sagte ich und lachte. „Eins muß wenigstens anständig sein.“

Dann nahm ich ihr die Wasserflasche ab und trug sie die Treppe hinauf, während sie mir folgte, die Schürze, um nicht zu fallen, mit den Händen emporhebend. Als wir oben angekommen waren, nahm sie mir mit einem dankbaren Blick, aber ohne ein Wort zu sagen, die Schüssel wieder ab und klopfte leise an eine Tür.

„Herin!“ rief eine scharfe Frauenstimme von drinnen.

„Mrs. Pittbladder“, sagte Julia, noch kaum daß sie die Tür geöffnet hatte, „die Dame unten sagte, diese junge Dame wolle mit Ihnen darüber sprechen, daß sie hier wohnen möchte.“

Im Zimmer waren eine alte Dame und zwei kleine Mädchen anwesend; die Dame saß halb angezogen in einem großen Lehnstuhl, die Mädchen trugen genau dieselben Schürzen wie meine kleine Begleiterin. Eine der beiden Kleinen war gerade damit beschäftigt, der Dame die Haare mit einer Brennshere zu kämeln, die sie über einem Spiritusgefäß erwärmte; die andere polierte ihr, eifrig die Fingernägel.

„Komm herein und mach endlich einmal die Tür zu!“ rief die Gestalt in dem Sessel, während sie eine Haarröhre emporhielt, damit sie nicht mit den schon gekräuselten zusammenkomme.

„So, Sie möchten also bei uns wohnen, meine Liebe?“ fragte die Stimm; und sofort begannen die drei Kleinen sich allerlei geheime Zeichen zu machen.

„Ja, das möchte ich gern“, antwortete ich und fühlte mich angenehm berührt von der freundlichen Weise, in der sie zu mir sprach.

„Sie arbeiten wohl in einer Fabrik?“

„Ich erwiderte, daß ich hoffe, in den nächsten Tagen Arbeit zu finden.“

„Ich habe mir sagen lassen, daß ich hier billiger wohnen könne als anderswo.“

„Wer hat Sie denn eigentlich hergeschickt, liebes Kind?“

„Ich erzählte ihr freimütig, wie es mir ergangen war, denn ich hatte nun gelernt, daß ich eine um so wohlwollendere Behandlung fand, je aufrichtiger ich war.“

Die Dame sagte, für eineinhalb Dollar in der Woche könne ich ein eigenes Zimmer haben; im Schlafsaal koste es zehn Cent für die Nacht — fünfzig Cent für die Woche —, alles zahlbar im Voraus.

Ganz erstaunt war ich, als ich hörte, wie billig das Essen war: die Mahlzeit nur sechs Cent; ich sagte also sofort, daß ich einverstanden sei und täglich meinen Platz im Schlafsaal im Voraus bezahlen werde.

„Zuwischen war die eine der beiden Kleinen mit dem Haarschnecken fertig geworden, und die Dame im Lehnstuhl hob den Kopf, so daß ich ihr Gesicht zu sehen bekam. Sie sah ganz anders aus, als ich sie mir vorgestellt hatte: sie hatte feiste, rote Wangen, eine spitze Nase, kleine, dunkle Augen und einen herrschütigen Zug um den Mund, der keinen Zweifel daran ließ, daß sie, sofern sie nur die Macht hätte, ihre Mitmenschen plagen würde, so gut es gerade ging.“

Aber das alles nahm ich in diesem Augenblick nur reth gegnfühlsmäßig in mir auf, denn ich war ganz damit beschäftigt, auszurechnen, wie lange es noch dauern würde, bis meine Mittel völlig erschöpft seien. Und ich sah bei dieser Rechnung: mochte kommen, was da wollte, aber ich mußte noch in dieser Woche Arbeit finden.

„Nun muß also voraus bezahlt werden“, wiederholte Mrs. Pittbladder und schrieb meinen Namen in ein großes Buch, das sie von ihrem Schreibtisch nahm.

Dann sagte sie, die zehn Cents für das Schlafen solle ich an sie bezahlen, das Essen hingegen werde von Wahl zu Wahl im Speisesaal bezahlt. Ich gab ihr also ein 25-Centstück und sie steckte es in ihren Beutel und drückte ihn mit einem lauten Knallen wieder zu. (Fortsetzung folgt.)

Rechtsstandpunkte aus beleuchtet werden. Schon dabei zeigte sich, daß die Finnländer bei aller feinen Berechnung, von der sie sich leiten ließen, in ihrem Bestreben, die im Lande existierende Lage auszuweichen, etwas zu weit gegangen waren. Es stellte sich heraus, daß die von der provisorischen Regierung und somit auch vom ganzen russischen Volke den Finnländern hingestreckte Hand von diesen ohne herzliche Neigung ergriffen wurde. Es stellte sich heraus, daß die Finnländer dem gesamten russischen Volke das selbe Mißtrauen entgegenbrachten wie den gestürzten Vertretern des alten Regimes.

Der Hauptpunkt der finnländischen Forderungen besteht darin, daß sie eine gründliche Veränderung für das Inkrafttreten aller ihrer Gesetze verlangen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der allgemeinen staatlichen Politik Rußlands stehen und unter dem alten Regime der Entscheidung der obersten Gewalt unterlagen. Die Finnländer stellen jetzt die Forderung auf, daß ein bedeutender Teil dieser Gesetze von Finnland selbst in voller Unabhängigkeit von der Regierung des Reiches erlassen werden soll. Hauptfachlich kommen dafür folgende Fragen in Betracht:

- 1. die eigene Regierung Finnlands durch ein parlamentarisches Ministerium,
- 2. die Erreichung einer höheren Verwaltungsgerechtigkeits.

Diese Darlegungen sind außerordentlich interessant, sie deuten darauf hin, daß auch die neue russische Regierung nicht daran denkt, den sogenannten Fremdstämmigen, insbesondere Finnland und der Ukraine, volle Autonomie zu gewähren. Die Auffassung dieser, die behaupten, das demokratische Großrussentum werde nicht weniger nationalistisch sein als der moskowitzische Zarismus, sondern höchstens noch herrschlicher, findet darin eine gewisse Stütze.

Gefährliche Nahrungs- und Genussmittel.

Die rationierte Zuteilung aller Lebensmittel, die wir als Grundstoffe der Volksernährung anspitzen müssen, wie Brot, Kartoffeln, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Fett, Fleisch, Butter, Eier und Milch, hat es mit sich gebracht, daß eine Industrie aufkommen konnte, die zwar schon in Friedenszeiten nicht ganz unbedenklich war, jetzt aber zu einer Landplage geworden ist: die Lebensmittelhändler, die nichts weiter geben, als wertlose Ersatzstoffe. Die Polizei, der Staatsanwalt und die Gerichte, auch die Preisprüfungsstellen sind machtlos. Kaum haben sie das „Dol“ gefaßt, kommt am nächsten Tag „Dedal“, am dritten „Donna“ zum Vorschein. Ist der eine Händler unschuldig gemacht, übernimmt seine Rolle der zweite, und fast man diesen am Krager, steht schon der dritte für ihn im Geschäft, das zwei Häuser weiter links gelegt wird.

Wie ist das möglich? Nur durch die große Unkenntnis, die gerade in diesen Dingen noch zu finden ist. Es gilt hier wie überall das weisse Gele: Nur die Aufklärung kann solchen Spekulanten auf die Unwissenheit das Handwerk legen. Mit der nachdringenden Einsicht kommt der Fälscher nicht mehr auf seine Rechnung. Das ist der beste Schutz. Komme noch hinzu, daß die Anzeigenblätter mehr Reinlichkeit wachen lassen, den offensiblen Betrag nicht dadurch unterziehen, daß sie keine Werbepflicht durch große Inserate fördern, dann könnte ein gut Teil dieser Ausbeutung verhindert werden.

Was gibt es heute nicht alles an gefälschten, oft direkt schädlichen Ersatzstoffen, die weder Lebens- noch Genussmittel sind, aber reichenden Absatz finden. Beginnen wir mit dem Delizja. Es ist eine alte Gewohnheit der Hausfrau, ihren Salat mit zwei Gläsern zu bereiten. Der einen Glasche enthält Essig, aus dem anderen möchte sie Öl herauszaubern. Nun ist Öl nicht mehr zu haben, die alte liebe Gewohnheit aber ist geblieben. Hier legen die Volksbegleiter ein, sie bringen „Salatin“, „Salabul“ oder „Salatenol“ auf den Markt. Der Name wechselt täglich, der Inhalt nicht, der bleibt gleich minderwertig. Nimmt man eine solche Glasche „Ersatzöl“ zur Hand, so hat man in Farbe und Masse den Eindruck richtigen Oels. Die Flüssigkeit ist dick und schwarzlich, am Glase bleibt ein fettiger Rand, zwischen die Finger gerät, täuscht die Masse eine ölige Beschaffenheit vor und auf der Zunge einen ölartigen Geschmack. Die Hausfrau zahlt mit 30 Pf. 50 Pf., läßt sie aber das Zeug prüfen, was fester Geruch, so legt ihr jeder Chemiker, daß sie nichts wie Pflanzenöl, etwa aus Fikussamen in der Flasche hat, dem Essig und Zitronensaft zugesetzt sind, Dinge, die sich jede Köchin leicht selbst beschaffen kann. Die Mischung schmeckt wenigstens Pflanzöl, dem Hersteller ist ein wertvoller bei seiner Ware schließlich noch die Flasche.

Reben dem Del kommt das „Milchpulver“, oder was man heute dafür ausgibt, in vielen wertlosen Mischungen in den Handel. Die Namen bekannter Firmen werden von den Schwindlern vorgetrieben, der Durchschnittsverkäufer meint, ihr höheres altes Zeugnis zu kaufen. Im Anfang bekam man 3 B unter dem Namen „die Kuh in der Lüne“ ein ganz brauchbares Trodenmilchpulver aus Vollmilch, später war es freilich schon aus Magermilch. Heute ist aus der „Kuh in der Lüne“ von anderen Nachahmern eine Mischung von Schleimzucker, Nähnennöl, Gips usw. geworden, ein lebensgefährliches Zeug, das für hohen Preis auf Hinterwegen verkauft wird, obwohl man damit noch nicht einmal Nahrung nutzen kann. Es ist ein gar zur Kinderzuchtung zu verwenden, wäre heilheitsmörderischer Jandermord. Es kann bei dieser Gelegenheit gesagt werden, daß auch die feinsten Milchmischungen geworden ist, da sie meist nur noch Magermilch enthält, und auch diese nicht mehr in der früheren Beschaffenheit.

Das traurigste Spiel wird allerdings mit den Fleischpulver- und Sausenpulver getrieben. Zu welchen grauenhaften Namen es das Kochsalz im Kriege gebracht hat, ist jedem Bekannten. Zu Recht ist in der Sausenpulver heute weiter nichts als Salz. Wenn sich ein etwas Pflanzenfaseriges darin befindet, dann ist es ein Zerk, damit das gefährliche Salz zu einem Käsepulver gemacht werden kann und Krückergebacken bekommt. Von Zeit keine Spur, hier hat das Zeug für Feinde, in einer Handvoll Mischungen ist höher meist mehr wertvoll als in zehn Handvoll reinen. Das gilt in gleicher Weise von den deutschen und holländischen, wie von den deutschen Erzeugnissen. „Jahresbeurteilung“ heißt es zur Bezeichnung auf dem gebräuchlichen Verpackungs. Der Feind hat Kochsalz, der heute mit 80 Pf. bis 9 Pf. bezahlt wird, bringt es in der Form des Bouillonnierpulvers auf einen Preis von 3000 Pf. bis 4000 Pf.

Der Fleischpulver ist nicht besser. Feind konnte man noch unter diesem Namen „Cognac“ einhandeln. Heute ist dieses auslässige Produkt fast ganz verschwunden, nur sein Name läuft noch in den Erzeugnissen in allerlei Umwandlungen umher. Was man als Fleischpulver bekommt, ist in der Regel weiter nichts als feinstes minderwertigster Art.

Bekanntlich ist das „Eispulver“, das mit dem Ei nur die gelbe Farbe gemein hat, Farben erzeugen wir in Deutschland bekanntlich immer noch genügend, die chemischen Verfahren haben dazu keinen Mangel. Andere Hausfrauen lassen sich, wie beim Del von der Farbe, so auch beim Eispulver von der bekannten gelben Leistung verleiten, ihre lauternden Kuchen für ein solches Eispulver auszugeben, das kleinerer Kuchen hat, selbsteit gegeben ist.

„Salz“, der Salz, oder Hausfrau, „Kaffee“, „Kaffee“, „Kaffee“, Eier und Fett der Hausfrau. Der da nicht genau, magst ja klar sein. Schnell in den Laden, ehe der nächste Betrieb ansetzt. In der Lüne hat man denn ein unbedenkliches Eis mit einem Zerk, auf dem ja kein Fett, nur eine Mischung aus Salz und Wasser, aber so etwas schmeckt, das Pulver verschmeißt, und der Kuchen ist fertig. Es heißt ja heute, daß das Zeug ein ganz gewöhnliches Produkt ist, das

weder Geruch noch Geschmack, sondern nur die beliebte gelbe Farbe und einen unverschämten Preis hat. Auch die Würstchen sind gefällig. Würstchen war schon immer Vertrauenssache, jetzt wird sie öfters zu einem Mißtrauenspotium. Wenn du meinst, es ist Speck, ist es Haarwuchs oder ein Stück von der Gurgel oder sonst ein weiches Stück ungenießbarer Abfall. Die Mannigfaltigkeit, worunter man den Blättermagern versteht, wird heute als Kutteln verachtet usw. Leider hat daran auch die Eigenregie der Städte nicht viel geändert, auch dort wird die Würstchen die reine Käselede.

In Stelle richtigen Mehls wird Holzmehl gemischt. Die Sache mit den Kölner Bäckemeistern ist allen in guter Erinnerung. Aber nicht nur im heiligen Köln hat man solchen unheiligen Handel getrieben, auch im Süddeutschen hat diese feine Ware viele Kunden gefunden. Das ersparte Mehl alten Stils wird dafür als teure Auslandsware zu 2,80 Mk. an Konditoreien abgegeben.

Eine recht gemischte Gesellschaft ist das Kriegsmus. Was da alles hineingearbeitet wird, das wissen die Götter. Man wendet sich entsetzt von dem Löffel ab, den man jeden Morgen daraufhin ansieht, ob er nicht Grünspahn angelegt hat. Vielleicht findet sich mal ein Lustspieldichter, der dieses Kriegsmus verarbeitet, vorläufig ist es noch ein Trauerspiel. Wenn wieder solcher Brottauftritt ausgegeben wird, ist es am besten, die Reichsstelle steuert gleich die emaillierten Wägen mit der natürlichen wilden laum imtande sein, noch einen Kriegsmuswinter mitzumachen. Das Kriegsmus gehört geradezu in das Kapitel der vorläufigen Körperverletzung. — Mag es für heute genug sein. Wir haben sehr wenig zu essen, aber daß das wenig auch noch verhungert wird, das braucht nicht zu sein. — Zu Beginn des vierten Kriegsjahres lasse man es genug sein des grausamen Spiels.

Aus der Partei.

Der Parteiaussschuß trat am Dienstag, 26. Juni, im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über die Stochholmer Verhandlungen; 2. Stellungnahme zum Parteitag; 3. Sonstiges. Den Bericht über Stochholm erstattete Scheidemann. Als Ort des Parteitages wurde Würzburg festgesetzt.

Gewerkschaftsbewegung.

Großer Konflikt in der norwegischen Textilindustrie. In der norwegischen Textilindustrie droht ein großer Streik auszubrechen. Die Tarifverhandlungen sind ergebnislos geblieben, da die Arbeitgeber nur sehr geringe Lohnaufbesserungen zugestehen wollten. Die Arbeiter haben deshalb in allen Textilfabriken. Kristianias und in einigen Betrieben Drontingens getündelt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein neuer Kriegswaherprozess. In Kosen begann am Montag vor der Strafkammer der Prozess gegen den Kaufmann Leopold Kagenellenbogen, der beschuldigt ist, zahlreiche beschlagnahmte Getreideworräte gekauft und unter Ueberschreibung des Höchstpreises verkauft zu haben. In der Hauptphase handelt es sich um die Mengen, die von Gutsbesitzern aus Geste und Hager mit Hülsenfrüchten vermischt hergestellt und der gesetzlichen Beschlagnahme unterworfen waren. Auch für tägliche Nahrungs- und Futtermittel sollten Preise, die einen übermäßigen Gewinn eingetragen hätten, genommen worden sein. Die Lieferanten waren zum weitaus größten Teil Gutsbesitzer der Provinz Kosen. Käufer erste Großhändler in Hamburg und anderen Städten. Der Verklagte, der Unterkommissionär der Gerste-Verwertungs-Gesellschaft gewesen, war auch Kommissar der Reichsgetreidegesellschaft und besorgte auch den Ankauf von Saatgetreide für die Stadt Kosen. Der Gewinn aus den unter der Anklage stehenden Geschäften wird auf über eine Million Mark beziffert. Der Angeklagte hatte gleich nach seiner Verhaftung eine hohe Bürgschaft angeboten, um seine Haftentlassung zu bewirken, die jedoch abgelehnt wurde. Bis zu seiner Verhaftung war er in Berlin anständig, die Geschäftswiederlage befand sich jedoch seit etwa einem Jahrzehnt in Kosen.

Beginn des Prozesses Kupper. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Arnold begann am Dienstag vor dem Schwurgericht II in Berlin die Verhandlung gegen die Millionenschwindlerin Rosa Kupper. Die Anklage legt Frau Kupper zur Last, in den Jahren 1916/17 58 Fälle von Fälschung öffentlicher Urkunden und andere Betrugsdelikte begangen zu haben. Außerdem wird sie des Kontursvergehens beschuldigt. Ein umfangreicher Apparat von ungefähr 100 Zeugen ist aufgeboten worden. Frau Kupper legte zunächst eine ausführliche Schilderung ihres ganzen Lebenslaufes ab. Die lange Untersuchungsdauer hat der vierzigjährigen Frau die Sicherheit des Altalters durchaus nicht genommen. Nach dem Tode ihres Mannes, der im Jahre 1899 verstarb, begannen ihre finanziellen Schwierigkeiten. Im Jahre 1913, als sie von Leipzig nach Berlin überzogen, stand sie dem Nichts gegenüber. Verdienende kleine Geschäfte, die sie als Agentin betrieben, mißlungen. Dann kam ihr zufällig der Gedanke, sich auf Lebensmittelgeschäfte zu legen. Das Stammkapital bildeten wenige hundert Mark, die sie sich von verschiedenen Seiten ließ. Aus diesen Anfängen erwuchs der ins Unermessliche gehende Schmeidelgeschäftsbetrieb, durch den Frau Kupper Millionen in die Hände bekam und der sie nun vor das Schwurgericht brachte. Frau Kupper schildert eingehend den Beginn ihrer Schwindelreisen. Durch das Vorlegen gefälschter Beträge bei Heereslieferungen bewog sie wohlhabende Leute, die sie im Hause Geheimrat Körtings kennen gelernt hatte, unter dem Vorpreisen, schnell zu erzielender Kriegsgewinne zur Herausgabe namhafter Summen. Die versprochenen Procente, die zum Teil 30 Prozent für 14 Tage betragen, zahlte sie, indem sie die oft in Betrachtungen aus ihrem neu zutreffenden Einlagen stellte. Später wurden die Fällungen immer unpraktischer. Frau Kupper fertigte Gesellschaftsrechnungen mit nicht erzielenden Verluststellen an und beschloß ebenso eine Reihe anderer Stempel. Mit dem Anfang der Geschäftsführung wuchsen auch die Kosten ihrer eigenen Lebenshaltung. Frau Kupper gab monatlich Leihende für ihre Kleidung, für Bekleidungs usw. aus. In einem einzigen Modekauf kaufte sie für 6000 Mark Kleider. Die Procente, die sie zum Schluß bezahlte, gab sie fabelhaft. Schließlich ging sie bis zu 48 Prozent der eingelegten Summe für eine Zeit von 14 Tagen. Der erste Verhandlungstag schloß mit der Berechnung zweier Zeugen: eines Witwenpers und der Schwiegermutter eines hannoverschen Großindustriellen. Beide haben in der Affäre Kupper keinen Schaden erlitten, sondern ganz gut verdient.

Geldhandel eines Postbeamten. Das „S. T.“ meldet aus St. Petersburg: Die hiesige Reichsfinanzverwaltung hat den Oberpostdirektor Balle aus Weiskammer, der das ihm von einer Sammelstelle übergebene Goldgeld wieder in Papiergeld umgewandelt hat das Gold gegen Aufschlag weiter verkauft hatte, zu drei Monaten Gefängnis.

Lejeffoff ins Feld.

Seu den Anklagen und aus den Zeitungsanzeigen laßt es in diesen Tagen. Denkste! Volkspolizei für Heer und Flotte! Operation für die Friedensbewegung. Wir brauchen Lejeffoff ins Feld! Gut!

Es wird wieder einmal mächtig gesammelt. Nach dem Opfer tag für das rote Kreuz und die U-Boot-Mannschaften, nach dem Gabenjammeln für den Seimadant und die Nationalität, nach dem Spenden für die Kriegsblinden und die Kriegshilfsvereine soll jetzt gesammelt werden für die Volkswaisen und für die Kriegshilfsvereine. Wir haben bisher gegen diese Werbung freiwilliger Beiträge für Kriegshilfsvereine nichts eingewandt und übersehen auch heute nicht ihren Vorteil. Selbst die schärfste und gerechteste Steuer kann nicht jeden ganz genau in seiner Leistungsfähigkeit treffen, und selbst die reichliche Erfüllung der Staatspflichten nicht alle Not und nicht jedes Bedürfnis decken; mancher gibt freiwillig, was ihm durch staatlichen Zwang zu geben unmöglich wäre, und selbst der Arme trägt willig sein Scherlein bei, um den Kämpfern oder Opfern des Krieges ihr hartes Los zu erleichtern. Aber natürlich ist es notwendig, feste Grenzen zu ziehen; die Sammlungen dürfen nicht der Form wegen sein, unter dem sich der Staat seiner Pflicht entzieht. Wenn eine halbamtliche Berechnung das Einkommen der in solche Verwendung völlig arbeitlos Gewordenen auf 15 bis 16 Mark für den Kopf legt, so hat das Reich die Pflicht, die Renten anzusetzen zu erhöhen. Die Männer, die alle Gesundheit und Kraft für Deutschland geopfert haben, auf Almosen angewiesen, ist unwürdig. Anders liegt es mit Büchereispenden. Hier ist an sich wirklich eine Gelegenheit für die Daheimgebliebenen, ihrer Dankbarkeit für die Männer im Felde und ihrem Verdienst für deren Lage durch eine beschriebene Tat Ausdruck zu geben.

Auch kann man nach den Erfahrungen früherer Bücherjammelnungen für Feld, Standort und Lazarett billigen, daß nicht Bücher, sondern Gelder gesammelt werden. Ueberließe man dem Schenker die Auswahl der Bücher, so fielen sie oft nach der Marke Ueberließe aus, die wir beim Kriegsbeginn an den Zigarren schauernd rochen. Onkel Fritz und Tante Mathilde suchten aus ihren Beständen die ältesten und zerrissenen Schmäder heraus, um sie den Feldbräuten zu verschenken, und die Bestände unvertäuflicher Bodenheiler, die längst kein Mensch mehr kaufte, brachten Verleger und Buchhändler noch für den wohlthätigen Zweck unter. Wohlthätig mehr für ihren Geschäftsabschluss, als für die unglücklichen Leser und Richter im Soldatenrock und Lazarettstuhl.

Somit so gut! Leider ist aber der Aufschuß, der von dem eingesammelten Gelde nachher die Bücher kauft, so ungewinnlich zusammengelegt, daß man auch von ihm keine gute Auswahl erwarten darf. Lediglich konfessionelle Vereine, religiöse Gruppen und Feldseelsorger sollen über die Verwendung der eingelaufenen Beträge entscheiden. Im Handumdrehen wird aus der Volksspende Kirchgut und religiöse Erbauungsliteratur. Hindenburg hat zwar einmal gewarnt: „Schickt ja nicht zu viel Traktäthen und Schläfchenberichte, sondern recht viel Heiteres“, aber wenn der Präsident des Oberkirchenrates, der Fürstbischof, die Feldprediger und Feldrabbiner sich zusammenschließen, wäre es ja gegen ihre Natur, wenn sie nicht in erster Reihe Erbauungsschriften ankaufen und verschütten.

Die mitwirkenden Buchhändler werden noch schlimmeres treiben. Im „Buchhändler-Wörterbuch“ hat Herr Heinrich Wölff als geeigneten Lesestoff in erster Reihe die Bücher genannt, welche wackerere Eroberungsziele aufstellen — etwa nach Art der „berühmten“ Flugblätter des Lehmannschen Verlages gegen den „Scheidemann-Frieden“ mit ihrem bunten Märchenzauber-Tafelchen. Eine ganz einseitige politische Beeinflussung, von der man sich vollkommen irrig eine Stärkung des deutschen Kampfes erhofft, wird mit dem Gelde der Volksspende betrieben werden.

Die Beteiligung an einer Geldjammelnung kann also Frei denken und Anhängern des Verdingungsfriedens nicht empfohlen werden. Aber mit dieser Warnung, mit dem bloßen Fortbleiben und Nichtsein dürfen wir uns nicht begnügen. Die Lösung: Schickt Lejeffoff ins Feld! muß auch in unseren Reihen schallen. In der Spitze gehören die Parteiliterature herein in die Front und in die Etappe. Wir haben von der Freiheit, die wir seit Kriegsbeginn genießen, das sozialistische Schrifttum im Meer zu verbreiten, noch viel zu wenig Gebrauch gemacht. Die Feldausgaben „eher bürgerlicher Blätter, insbesondere billiger Hoch- und Gesellschaftsblätter, wie der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Rhein-Welt“, Zeitung“, weisen ihre Auflagen nach Zeitschriften. Technisch bessere Organisation, nicht etwa Ueberbestimmung ihres Gedankens mit dem Empfindungen der Kämpfer, hat ihnen dazu verholfen. Im vierten Kriegsjahre könnten wir endlich soweit aufgewacht sein, das Verfallene ein wenig nachzuholen. — Mit den Parteiliterature sollten die Parteifunktionäre gehen, die vielen 10-Pennig-Hefchen, die während des Krieges erschienen sind, die ausgeglichenen Arbeiter, die jetzt der Parteivorstand herausgibt, die 10-Pennig-Hefchen der Schriftreihe „Kriegsprobleme und Arbeiterklasse“ des Verlages für Sozialwissenschaft, die Bücher von David, Heinrich Schulz, Max Cohen, August Birnig usw. Dann auch ältere Arbeiterbücher, namentlich solche, die in das Wesen unserer Bewegung einführen, und bei denen an gemeinverständlichen Darstellungen, die zugleich ernste Werte haben, allerdings großer Mangel herrscht.

Endlich und vor allem leichter Unterhaltungsstoff. Hier ist die Auswahl guter Bücher, selbst billigeren Preises, in den kleinen Reklamheften, den Schaffstein-Bändchen, der kleinen Bücherei des Inselverlages, der „Lese“ usw. unendlich groß, und es gilt als einzige Regel, nur das zu spenden, was man selbst gelesen, und woran man selbst herliches Vergnügen gehabt hat.

In dieser Weise sollten Bücher fürs Feld gekauft werden. Da aber nichts geschieht, was nicht organisiert wird, sollten wir auch unsere Sammlung planmäßig betreiben. Alle Arbeiterverbände aller Richtungen, politische, gewerkschaftliche, gesellschaftliche, sportliche, wissenschaftliche, gesellschaftliche, alle Arbeitervereinigungen kurzweg sollten in jedem größeren Ort sofort einen Ausschuß einsetzen, der dieses Lebenswerk für unser kämpfenden und verwundeten Kameraden und Genossen planmäßig betreibt. Die immerhin zunehmende Zahl der Feldpost-Bezieher unserer Parteipresse und der steigende Erfolg der „Sozialdemokratischen Feldpost“ beweisen das Bedürfnis. Erfüllen wir es durch eine wirkliche Volksspende: guter Bücher voll gesunder Gedanken, lebenswahrer und lebenskräftiger Stimmungen.

2. Korinther 8. V. 9.

Ins Pfarrhaus zieht der neue Herr Pastor. Gut auf die Türe, öffnet weit das Tor; vier, fünf, sechs Möbellwagen fahren vor.

Fräulein und Sofa, Christlich und Bistoff, Brotlofen, Fliegen, Eisdrant, Chebott, Silber und Porzellanterroice komplett.

Kompotts, Konserven haufenweis beschafft, der Mettwurst Ammut und des Schinkens Kran, in Fach und Flaschen edler Rebenfest.

Besonders fehlt ein Christungschrift in goldnem Rahmen über'm Schreibeisch nicht des dornumrannte Infchrift also spricht:

„Bedenk, daß unser Heiland Jesus Christ um deinetwillen arm geworden ist, und daß du reich durch seine Armut bist.“ Arthur Fitger († 28. Juni 1909 in Bremen).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Druckmaschinen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksboten“, Johannstraße 46.